Festschrift zur Verleihung des Hannah-Arendt-Preises für politisches Denken 2008 an

Victor Zaslavsky

Der Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken ging im Jahr 2008 an den in Leningrad geborenen Ingenieur und Soziologen Victor Zaslavsky. Die Jury würdigte den Mut des russischen Wissenschaftlers, die Verschweigepolitik des russischen Staates gegenüber den Morden an polnischen Offizieren im Katyn des Jahres 1940 öffentlich aufzukündigen.

In seinem 2007 in deutscher Erstausgabe erschienenen Werk »Klassensäuberung – Das Massaker von Katyn« analysiert Victor Zaslavsky den Massenmord der sowjetischen Partei- und Staatsführung an Tausenden polnischen Offizieren und Zivilisten im Jahre 1940 vor dem Hintergrund der Ermordung und Vertreibung Zehntausender polnischer Zivilisten. Dabei beschreibt er, wie sich die Aufklärung dieser für die europäische Geschichte und Erinnerung zentralen Ereignisse an nationaler Machtgier und staatlich organisiertem Lügen bricht.

Die Festschrift dokumentiert die Rede des Preisträgers, die Laudatio von Alfred Grosser, die Begründung der Jury, die Würdigungen der Preisgeber sowie Ausschnitte einer Podiumsdiskussion am Tag nach der Preisverleihung.

Hannah-Arendt-Preis
für politisches Denken e.V.
Heinrich-Böll-Stiftung
Berlin/Bremen

Victor Zaslavsky

Foto: Katherine Martin

Das Massaker von Katyn, neu betrachtet

Festrede anlässlich der Hannah-Arendt-Preisverleihung 2008

Einen so angesehenen Preis wie den »Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken« zu erhalten, gehört zu den überraschendsten und glücklichsten Ereignissen meines Lebens als Wissenschaftler. Angesichts der Reihe herausragender Namen früherer Preisträger muss ich erst noch davon überzeugt werden, dass meine *Klassensäuberung*[1] diese Auszeichnung verdient. Ich bin indes sehr erfreut, dass die Bundeszentrale für politische Bildung eine Sonderausgabe meines Buchs beim Wagenbach-Verlag in Auftrag gegeben hat, die an Schulbibliotheken, Lehrer und junge Menschen verteilt werden soll.

Als historisch ausgerichteter Soziologe habe ich mir drei wesentliche Ziele gesetzt: erstens die historischen Einzelheiten und einige eindeutige und maßgebliche Dokumente vorzustellen, die die historischen Fakten belegen und die Täter des Massakers von Katyn unzweifelhaft identifizieren; zweitens das schwierigste und wichtigste Problem der Interpretation dieses Ereignisses in einen weitaus größeren Zusammenhang totalitärer Strategien und Methoden dessen zu stellen, was ich als »Klassensäuberung« bezeichne; und drittens schließlich zu erklären, wie eine derart massive Verfälschung über ein halbes Jahrhundert als »offizielle Version« der Geschichte Bestand haben konnte, verbreitet durch Wissenschaftler, Politiker und Lehrbücher, nicht nur im Ostblock, sondern auch im Westen.

Zu Beginn möchte ich erklären, was mich dazu veranlasste, mich mit dem Massaker von Katyn zu beschäftigen, und wie es in der Sowjetunion vor ihrem Untergang wahrgenommen wurde. Der Fall Katyn war in der Sowjetunion sowohl als eines der entsetzlichsten Verbrechen der Nazis bekannt als auch als Versuch von Goebbels' Propagandaapparat, zwischen Russland und Polen Zwietracht zu säen.

Unmittelbar nach der Befreiung der Gegend um Katyn errichtete die sowjetische Regierung ihre eigene Untersuchungskommission, bestehend aus Sowjetbürgern und angeführt vom Chefchirurgen der sowjetischen Armee, Nikolai Burdenko. Der Name der Kommission war zugleich ihr Zweck: »Spezialkommission zur Feststellung und Untersuchung der Umstände, die zur Erschießung der kriegsgefangenen polnischen Offiziere durch die faschistischen deutschen Eindringlinge im Wald von Katyn geführt haben«.

Die vorhersehbaren Ergebnisse der Burdenko-Kommission wurden weithin bekannt gemacht, jedweden Zweifeln an ihrer Wahrhaftigkeit wurde mit Entrüstung begegnet. Die schlichte Tatsache, dass die Polen durch deutsche Kugeln getötet wurden, schien unwiderlegbarer Beweis zu sein.

Während der größte Teil der sowjetischen Bevölkerung die offizielle Propaganda hinnahm, gab es zwei Gruppen, die sie anzweifelten. Viele russische Intellektuelle stellten diese Darstellung infrage, da sie sich darüber im Klaren waren, dass nicht nur das Nazi-Regime, sondern auch das stalinistische Regime zu einem Verbrechen dieses Ausmaßes fähig war. Die Tatsache, dass die sowjetische Regierung die Gegend um Katyn nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer »verbotenen Zone« erklärte und internationale Untersuchungen verweigerte, nährte ihren Verdacht. Dies wurde weithin als Indiz für die sowjetische Verstrickung in den Fall betrachtet.

Studierende an den großen sowjetischen Universitäten bildeten einen weiteren Teil der sowjetischen Bevölkerung, der bereit war, die offizielle Propaganda infrage zu stellen. Hier kann meine persönliche Erfahrung dienlich sein. Ich gehöre einer Generation an, die als »Generation 1956« bekannt ist und diejenigen jungen Menschen umfasst, die 1956 zwischen 15 und 24 Jahre alt waren und deren politisches Erwachen in der Phase der Entstalinisierung begann. In jenen euphorischen Jahren begannen unsere Kommilitonen aus Polen, über das Massaker von Katyn zu sprechen. Sie hatten, wie die überwältigende Mehrheit der polnischen Bevölkerung, nie daran gezweifelt, dass die polnischen Offiziere von den Sowjets erschossen worden waren.

Im Frühjahr 1956, kurze Zeit nach Chruschtschows so genannter Geheimrede auf dem 20. Parteitag der KPdSU, bestätigte er all die Gerüchte um den großen Terror und versprach weitere Enthüllungen. Eines Tages traf ich zusammen mit einigen Kommilitonen einen Militärverteidiger, der an der Arbeit der Burdenko-Kommission beteiligt gewesen war. Er erzählte uns, dass Spezialkommandos des sowjetischen Geheimdienstes die Polen ermordet hatten. Ich erinnere mich noch genau an seine Worte: »Das haben unsere getan.« Er erklärte uns auch, woher er das wusste: Die Leichen hatten noch immer Eheringe an den Fingern und Goldzähne. Während die SS den Befehl erhalten hatte, alles Gold von den Opfern zu entfernen, hatten die Spezialkommandos des NKWD keine solchen Anweisungen. Später diskutierten wir, warum dieser Anwalt, der ein Jahrzehnt lang geschwiegen hatte, plötzlich über die Arbeit der Kommission sprach und uns diese grauenvollen Details anvertraute. In diesem Klima, das neuerdings herrschte, in dem die Verbrechen des stalinistischen Regimes angeprangert wurden, sprachen die Menschen mit einer bislang unbekannten Offenheit über die Vergangenheit, und beinahe tagtäglich gab es neue Enthüllungen. Höchstwahrscheinlich war der Anwalt überzeugt, dass die Wahrheit über Katyn ohnehin bald auf die eine

Dokumentaraufnahmen von den Exhuminierungen der polnischen Offiziere im Wald von Katyn, 1943. Aus »Amtliches Material zum Massenmord von Katyn«, Berlin 1943 – www.katyn.org/au/naziphotos.html

oder andere Art ans Licht kommen würde. Es schien der richtige Moment zu sein, um den Fall abzuschließen und ein neues Kapitel zu eröffnen. Die Massengräber von Katyn hätten dann der langen Liste von Verbrechen und Gräueltaten von Beria, seinen Komplizen und Stalin selbst hinzugefügt werden können.

Dann marschierten die sowjetischen Truppen in Ungarn ein, und der Kurs der Entstalinisierung wurde gestoppt. Monate und Jahre vergingen, das Thema Katyn kam nie mehr zur Sprache. Erst in den letzten Jahren der Sowjetunion – während Gorbatschows Perestroika – wurde ein Teil des Archivmaterials über den Fall Katyn russischen und polnischen Historikern zugänglich gemacht. Die entscheidenden Dokumente kamen jedoch erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zum Vorschein.

Ich möchte an dieser Stelle nur zwei Dokumente erwähnen, die unter dem Aspekt, die Tatsachen und die Verantwortlichen zu ermitteln, ausreichend sind, um den Fall Katyn abzuschließen: den Brief an das Politbüro vom 2. März 1940, unterschrieben von Beria und Chruschtschow, und den Beschluss des Politbüros vom 5. März 1940. Der erste Brief ist ein entsetzliches Dokument, in dem Chruschtschow als Erster Sekretär der Kommunistischen Partei der Ukraine zusammen mit Beria die Deportation von fast 60 000 Angehörigen der polnischen Offiziere in abgelegene Regionen der Sowjetunion empfahl. Als einer von Stalins engsten Genossen trug auch Chruschtschow Verantwortung für das Massaker von Katyn und für weitere Verbrechen dieser Zeit. Man kann sicher davon ausgehen, dass es zahlreiche weitere Unterlagen gab, die Chruschtschows persönliche Verantwortung für die Klassensäuberung in Ostpolen belegen würden. Das verdeutlicht, warum in der Blütezeit von Chruschtschows Entstalinisierung der Fall Katyn niemals erwähnt wurde. Das zweite Dokument ist der Befehl des Politbüros vom 5. März 1940 an die Organe der NKWD, die Fälle der 25 700 polnischen Kriegsgefangenen (14 700 Gefangene der Lager von Kozielsk, Starobielsk und Ostaschkow und 11 000 weitere aus den Gefängnissen der westlichen Ukraine und des westlichen Weißrusslands) mit »speziellen Verfahren« zu bearbeiten, nämlich »ohne Vorladungen, Angaben von Beschuldigungen, Voruntersuchungen und ohne Anklage zu erheben« und sie zur Todesstrafe durch Erschießung zu verurteilen.

In der Zeit des »Großen Terrors« 1937–38, als innerhalb von 14 Monaten etwa 800 000 Menschen zum Tode verurteilt wurden und etwa 350 000 bei Verhören starben, pflegten die Mitglieder des Politbüros zwei oder drei Unterschriften auf Anordnungen zu setzen, die die Erschießung von zigtausend Mitgliedern aus der Basis ihrer eigenen Partei zur Folge hatten, oder auf Befugnisse, die die Geheimpolizei ermächtigte, Hunderttausende einfacher sowjetischer Bürger zu erschießen. Der Fall der polnischen Kriegsgefangenen, Bürger eines anderen Staates, erforderte die Unterschriften der Mehrheit der Mitglieder des Politbüros, wobei die Anwesenden die Verantwortung wie in einem »Blutpakt« miteinander teilten. Die erste Seite von Berias vorläufigem Beschluss trägt die Unterschriften von J. W. Stalin, K. J. Woroschilow, W. M. Molotow und A. H. Mikojan. Zwei weitere Mitglieder, M. I. Kalinin und L. M. Kaganowitsch waren bei dem Treffen nicht anwesend, gaben jedoch später ihre Einwilligung. Warum taten diese sieben Männer das?

Ein Historiker, der heute nach den Gründen für die Hinrichtung der polnischen Offiziere sucht, kann sich nicht mit psychologischen Erklärungen und der Berücksichtigung der nationalen Sicherheit zufriedengeben. Das Argument, dass kriminelle Methoden im Interesse der Sicherheit der Sowjetunion toleriert werden mussten, kann so nicht stehen gelassen werden. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Erschießung der polnischen Offiziere mit der Deportation ihrer Angehörigen – Frauen, Kinder und Alte – nach Kasachstan einherging, für einen Zeitraum von zehn Jahren (was für viele den sicheren Tod bedeutete) sowie mit der Konfiszierung ihres Eigentums. Dies zeigt, dass die nationale Sicherheit nur ein Aspekt für die Beschlüsse des Politbüros der KPdSU war, und nicht einmal der wichtigste.

Wie Hannah Arendt scharfsinnig bemerkt hat: Totaler Terror, das Wesen totalitärer Herrschaft, »macht ihn zu einem unvergleichlichen Instrument, die Bewegung des Natur- oder des Geschichtsprozesses zu beschleunigen. ... Praktisch heißt dies, dass Terror die Todesurteile, welche die Natur angeblich über ›minderwertige Rassen‹ und ›lebensunfähige Individuen‹ oder die Geschichte über ›absterbende Klassen‹ und ›dekadente Völker‹ gesprochen hat, auf der Stelle vollstreckt, ohne den langsameren und unsicheren Vernichtungsprozess von Natur und Geschichte selbst abzuwarten.«[2] Als Mitglieder der stalinistischen Führung den Befehl erteilten Tausende von Offizieren zu töten und Hunderttausende Bewohner Ostpolens zu deportieren, waren sie mit den rechtlichen Normen und Vorgehensweisen vertraut. Sie wussten, dass ihre Taten ihrer eigenen Verfassung und ihren eigenen Gesetzen zuwiderliefen. Dennoch betrachteten sie sich selbst nicht als Kriminelle, sondern vielmehr als Wohltäter der Menschheit, da sie doch lediglich den Lauf der Geschichte auf dem fortschreitenden Weg hin zu einer »perfekten Gesellschaft« beschleunigten. Die Geschichte hatte diese Gruppen bereits zum »sozialen Aussterben« verurteilt; die sowjetische Führung musste

Verleihung des Hannah-Arendt-Preises 2008 an Prof. Victor Zaslavsky (Warschau/Rom)

5. Dezember, 18:00 Uhr, Rathaus Bremen, Obere Rathaushalle

Sein 2007 in deutscher Erstausgabe erschienenes Werk »Klassensäuberung – Das Massaker von Katyn« hat die Jury bewogen, Victor Zaslavsky den »Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken« 2008 zu verleihen.

Zaslavsky analysiert den Massenmord der sowjetischen Partei- und Staatsführung an Tausenden polnischen Offizieren und Zivilisten im Jahre 1940 vor dem Hintergrund der Ermordung und Vertreibung Zehntausender polnischer Zivilisten. Dabei beschreibt er, wie sich die Aufklärung dieser für die europäische Geschichte und Erinnerung zentralen Ereignisse an nationaler Machtgier und staatlich organisiertem Lügen bricht.

Die Jury würdigt den Mut des russischen Wissenschaftlers Zaslavsky, die Verschweigepolitik des russischen Staates öffentlich aufzukündigen.

Victor Zaslavsky wurde 1937 in Leningrad, dem heutigen St. Petersburg, geboren. Zehn Jahre arbeitete er als Ingenieur und lehrte anschließend Soziologie an der Universität Leningrad. Nachdem er 1975 emigrierte, lehrte er an der University of California, der Stanford University sowie an den Universitäten von Florenz, Venedig, Bergamo und Neapel. Zurzeit ist er Professor für Politische Soziologie an der Free International University for Social Sciences, Luis Guido Carli, in Rom.

- **Begrüßung**

Prof. Antonia Grunenberg (Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken e.V.)

- Für die Preisgeber

Karoline Linnert (Bürgermeisterin der Freien Hansestadt Bremen)
Ralf Fücks (Vorstand der Heinrich Böll Stiftung Berlin)

- **Festvortrag**

Prof. Victor Zaslavsky: »Das Massaker von Katyn, neu betrachtet«

- **Laudatio**

Prof. Alfred Grosser, Politologe und Publizist

Foto: Katherine Martin

Die Tagung

Samstag, 6. Dezember, 10:00 – 13:00 Uhr, Institut Français, Contrescarpe 19, Bremen

»Das Massaker von Katyn und seine Bedeutung«

mit: *Prof. Victor Zaslavsky*, Rom, *Prof. Alfred Grosser*, Paris, *Prof. Susanne Schattenberg*, Bremen, *Prof. Karol Sauerland*, Warschau
Moderation: *Dr. Dunja Melcic*, Frankfurt am Main

bloß ihren Teil dazu beitragen, um diese geschichtliche Entwicklung auf rationelle und systematische Weise zu beschleunigen.

Wenn wir darüber hinaus unseren Blick erweitern und untersuchen, was während der 20 Monate sowjetischer Besatzung in Ostpolen passiert ist, können wir mühelos erkennen, dass hinsichtlich des Ausmaßes an Unterdrückung der allgemeinen hilflosen Bevölkerung die Ermordung der polnischen Offiziere nur die Spitze des Eisbergs war.

Russische Historiker, die mit der »Memorial Society« zusammenarbeiten, haben eine wichtige Untersuchung über die von den Polen erfahrene Unterdrückung veröffentlicht. Das Ausmaß und die Stärke der Unterdrückung können dadurch erklärt werden, dass der Kampf gegen »Klassenfeinde«, die Zerschlagung der »nationalistischen Konterrevolution«, die »Liquidierung der Kulaken-Klasse« und die Säuberung der Gebiete entlang der Staatsgrenze von »unzuverlässigen Elementen« – Operationen des stalinistischen Terrors, die sich in der Sowjetunion über mindestens 20 Jahre erstreckten – in Ostpolen auf eine Zeitspanne von weniger als zwei Jahren komprimiert waren. In nur 20 Monaten wurden mehr als 400 000 Menschen inhaftiert, deportiert oder erschossen.

1940 erfassten drei aufeinander folgende Deportationen das sowjetisch besetzte Ostpolen. Die Deportationen waren bis ins letzte Detail geplant. Jede Operation wurde im Laufe einer einzigen Nacht ausgeführt, so dass sich die Nachricht nicht verbreiten und die Betroffenen nicht fliehen oder sich verstecken konnten. Zusammen mit Tausenden von NKWD-Agenten und Milizionären kamen Kommunisten und Mitglieder von regionalen kommunistischen Jugendorganisationen wie auch so genannte »lokale Aktivisten« bei der Identifizierung, Überwachung und Festnahme der Zielgruppen zum Einsatz. So berichtete der NKWD-Hauptverantwortliche für die Deportation aus einer der Regionen mit Befriedigung, dass von den annähernd 70 000 gelisteten Personen es nicht eine einzige geschafft hat zu entkommen. Ein wichtiger, zu diesem Erfolg beitragender Moment lag in der »besonders erfreulichen Tatsache«, dass die polnischen Kommunisten der Region mit großer persönlicher Hingabe ihrer Aufgabe nachgingen und auf die Hilfe von 15 000 »lokalen Aktivisten« zählen konnten. Sie waren außerdem ohne Frage motiviert durch die Tatsache, dass sie sich den Besitz der Deportierten aneignen konnten.

Das Schicksal der Deportierten war schrecklich. In einem Bericht aus Sibirien nach Moskau heißt es: »Die hohe Sterblichkeit resultiert aus der Tatsache, dass die Deportierten das sibirische Klima nicht gewöhnt sind; die meisten haben keine geeignete Kleidung und kein festes Schuhwerk, was zu Fällen von Grippe und Erkältung mit tödlichem Ausgang führte. Die hohe Sterblichkeit wird auch durch eine unzureichende Ernährung verschärft, unter der vor allem Kinder und Ältere leiden.«

1941 wurden die Deportationen aus Ostpolen intensiviert, und diese Strategie beschränkte sich nicht länger allein auf Polen. Die Gebiete von Lettland, Estland, Litauen, Bessarabien und der nördlichen Bukowina, die unterdessen von der Sowjetunion annektiert worden waren, waren nun ebenfalls von Deportationen betroffen. Die letzte Deportation auf polnischem Gebiet begann in der Nacht des 20. Juni 1941, konnte aber aufgrund des Kriegsbeginns mit Deutschland nicht vollendet werden. Der Angriff der Deutschen auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 setzte den sowjetischen Deportationen ein Ende; jedoch nur, um den Weg für das Naziregime freizumachen, seinen Entwurf einer »vollkommenen Gesell-

schaft« zu verwirklichen, die auf die totale Vernichtung der Juden, Kommunisten, polnischen Intellektuellen und anderer abzielte.

Vergleichende Untersuchungen über die Deportationen aus den von der Sowjetunion besetzten Gebieten nach dem Molotow-Ribbentrop-Pakt stehen noch am Anfang, sind aber von entscheidender Bedeutung, um die Wirkungsweise des totalitären sowjetischen Staates verstehen zu können. Eine vergleichende Analyse ermöglicht es mit großer Klarheit und einer Fülle von Daten, die noch vor wenigen Jahren unvorstellbar war, das gesamte Vorhaben der Führung der stalinistischen KPdSU zu erläutern.

Was für eine Art Vorfall war nun genau das Massaker von Katyn an den polnischen Kriegsgefangenen mitsamt den massiven Deportationen der wehrlosen Bevölkerung? Wie sollten diese Unterdrückungen von der Sozialwissenschaft eingeordnet, analysiert, verglichen werden? Es hat Ansätze gegeben, sie als Völkermord zu klassifizieren. Doch das Massaker von Katyn, auch wenn man es im größeren Zusammenhang des Schicksals Ostpolens unter sowjetischer Besatzung sieht, passt nicht zur Definition von Völkermord, wie sie von Raphael Lemkin eingeführt und von den Vereinten Nationen erweitert und kodifiziert wurde. Die ethnische Herkunft der Opfer spielte bei ihrer Auswahl keine besondere Rolle. Wir müssen uns mit den Tätern dieser Verbrechen befassen und begreifen, dass die Beteiligung der Polen selbst an der Organisation und Durchführung der Deportationen ihrer eigenen Landsleute massiv war. Also kann es kein Völkermord sein.

Vielmehr war es ein Beispiel für »Klassizid«, um den Begriff von Michael Mann zu verwenden, oder, noch besser, für Klassensäuberung. Wie Hannah Arendt uns erinnert: »Die Einführung des Begriffs vom ›objektiven Gegner‹ ist für das Funktionieren totalitärer Regime wichtiger als die ideologisch festgelegte Bestimmung, wer der Gegner jeweils ist.«[3] ... »Ihre Auswahl ist niemals vollkommen zufällig, ... Sie müssen als glaubhafte Gegner erscheinen.«[4]

Das Konzept des »objektiven Gegners« ist ein bezeichnendes Merkmal der totalitären Ideologie und der totalitären Geisteshaltung, die sie hervorrief. Sowohl die Anführer als auch die Basis der Bewegung teilten die Vorstellung einer von »Volksfeinden« bevölkerten Welt. Nikolai Semaschko, ein alter Bolschewik, der jahrelang sowjetischer Gesundheitsminister war, forderte einen klassenbasierten Ansatz in der Medizin: »Ein sowjetischer Arzt sollte einen klassenbasierten Ansatz haben. Einen Kulaken zu behandeln sollte nicht seine oberste Priorität sein.« Wanda Bartoszewicz, loyales Mitglied der Kommunistischen Partei Polens und der Komintern, die die Säuberungsaktionen des großen Terrors überlebte, wurde Ende 1941 in die Lager der polnischen Kriegsgefangenen geschickt, um über deren Gesinnungen zu berichten. Sie kehrte mit folgender Empfehlung zurück: »99 Prozent der Leute sind aus Gefängnissen, Lagern und dem Exil Entlassene«, schrieb sie. »Alle sind unverbesserliche Feinde der Sowjetunion und bereit, sich für das zu rächen, was ihnen angetan wurde. Nichts kann die Menschen, unter denen ich mich hier befinde, ändern; alles, was man tun kann, ist sie zu eliminieren.«

Die »objektiven Gegner« sind Ungeziefer und sollten entsprechend behandelt werden. Das Konzept individueller Schuld existiert nicht. Massenterror, der auf der Idee beruht, die Gesellschaft von fremden und schädlichen Elementen zu säubern, von Parasiten (d. h. von denen, die zu einer Ethnie oder sozialen Klasse gehören, die als Feind angesehen wird), bildet den gemeinsamen Nenner der Nazi- und Sowjetregime. Von Anfang an haben beide Systeme das Ziel verfolgt, nicht nur ihre politischen Gegner zu eliminieren, sondern ganze gesellschaftliche Gruppierungen, verdammt durch ihre bloße Existenz: »objektive Gegner« und »Volksfeinde«. Die große Erkenntnis Hannah Arendts war genau das: Trotz aller offensichtlichen Unterschiede zwischen den totalitären

Auch in den stalinistischen Schauprozessen wurde die Lüge zur »Wirklichkeit« erhoben: offizielles Pressebild der Angeklagten im »Menschewiki«-Prozess im Moskau des Jahres 1931. – Foto aus »Stalins Fotografer«, Uddevalla 1988

Ideologien des Nazismus und des Stalinismus hinsichtlich ihrer Ursprünge, ihrer jeweiligen Strategien und ihrer Visionen von einer zukünftigen perfekten Gesellschaft gibt es eine Analyseebene, die Ähnlichkeiten und gemeinsame Merkmale hervortreten lässt, die noch bedeutsamer sind als die Unterschiede. Das ist es, was uns erlaubt, uns mit vergleichenden Studien über gänzlich verschiedene totalitäre Systeme zu beschäftigen. Heute ist die Institutionsanalyse, also die gründliche Erforschung der gesellschaftlichen Einrichtungen und der Politik totalitärer Systeme – ihrer regierenden Parteien, Einparteienstaat-Systeme, militärisch-industriellen Komplexe, repressiven Instrumente, der Zensur, Propagandaapparate und Konzentrationslager – die am weitesten entwickelte und am weitesten verbreitete Methode der vergleichenden Erforschung totalitärer Systeme. Die Politik der Klassensäuberung ist der Zwilling einer anderen, sehr viel älteren Politik der ethnischen Säuberung. Sie beide bilden die gemeinsame Charakteristik der politischen Linien von Hitlers und Stalins Regimes.

Die Morde von Katyn waren perfekt geplant und organisiert. Dasselbe gilt für das Verwischen der Spuren und das Fälschen der historischen Aufzeichnungen. Hierin liegt eine weitere Lektion des Massakers von Katyn, die das Problem einer »offiziellen Version« von Geschichte betrifft. Das Massaker von Katyn zu vertuschen und die Schuld den Nazis zuzuschreiben, wurde für Stalin zu einer regelrechten Obsession. Als zum Beispiel am 1. August 1944 in Warschau der polnische Aufstand gegen die deutsche Besatzung begann, waren die Sowjets nur wenige Kilometer entfernt, am östlichen Ufer der Weichsel. Als Anfang August ein Abgeordneter der polnischen Exilregierung nach Moskau reiste, um die Hilfe der Sowjets zu suchen, legte Stalin seine Bedingungen dar. Eine davon war, dass die sowjetischen Truppen nur dann in die Kampfhandlungen eingreifen würden, wenn die polnische Exilregierung in London öffentlich erklären würde, dass das Massaker an den polnischen Offizieren bei Katyn nicht von den Sowjets, sondern vielmehr von den Nazis begangen worden war. Stalin musste bestimmt gewusst haben, dass diese Bedingung absolut inakzeptabel sein würde, und vermutlich hat er sie nur gestellt, um seinen Gesprächspartner zu demütigen. Die stalinistische

Antonia Grunenberg

Europas blinde Flecken

Foto: Bettina Keller

Wir blicken inzwischen auf eine ansehnliche Reihe von Preisträgerinnen und Preisträgern zurück, von denen ich Ihnen nur einige der letzten Jahre ins Gedächtnis rufe: Jelena Bonner (2000), Ernst-Wolfgang Böckenförde (2004), Julia Kristeva (2006), Tony Judt (2007). Der Preis wird von einer internationalen Jury vergeben. In Anlehnung an eine Tradition, für die Hannah Arendt als herausragende öffentliche Intellektuelle steht, sucht die Jury nach Preisträgerinnen und Preisträgern, die mit dem, wofür sie stehen, jenes Aufmerken wachrufen, von dem die öffentliche politische Debatte zehrt – jenes Unerwartete, das innehalten lässt, das Staunen hervorruft und natürlich auch Widerspruch.

Die Jury hat mit Victor Zaslavsky eine Persönlichkeit gewählt, die diese Aufmerksamkeit hervorruft für den Bericht über ein Verbrechen und seine Vertuschung. Victor Zaslavskys Buch über *Das Massaker von Katyn* erzählt eine Geschichte, die den Eingeweihten seit vielen Jahrzehnten bekannt ist: der Mord an über zwanzigtausend polnischen Offizieren und Soldaten im Wald von Katyn und an anderen Orten durch russische Sicherheitskräfte. In Polen gibt es seit dem letzten Jahr einen Film des berühmten Regisseurs Andrzej Wajda, dessen Vater dem Verbrechen zum Opfer fiel, über Katyn, nach einem Buch von Andrzej Mularczyk. Das Besondere an Victor Zaslavskys Geschichte ist aber, dass er aus der russischen Perspektive erzählt. Im Zentrum seines Buches steht die Frage, warum die sowjetische Propaganda, wonach der Massenmord an den polnischen Offizieren eine Schandtat der deutschen Nationalsozialisten und ihrer Armeen war, nach dem Zweiten Weltkrieg, nach dem XX. Parteitag und selbst noch unter den Präsidenten nach Gorbatschow aufrechterhalten wurde. Zaslavsky folgt den Spuren dieser Lüge. Das Besondere an seiner Geschichte ist nicht nur die Erzählung der Fakten, also des Verbrechens und seiner Vertuschung, sondern auch die Infragestellung der nationalen Geschichtspolitik Russlands, deren Administratoren an einer gründlichen Aufarbeitung der Verbrechen unter der Sowjetherrschaft nicht interessiert zu sein scheinen.

Zaslavskys Erzählung weist auf einen weiteren Kontext hin. Katyn lag lange in einem toten Winkel der europäischen Geschichte, ein Massenmord, geschehen im Nirgendwo eines Irgendwo in Russland. Und doch ist das Verbrechen ein zentrales Ereignis der jüngeren europäischen Geschichte. Das Verbrechen wäre vermutlich nicht geschehen, wenn es nicht vorher den Hitler-Stalin-Pakt samt dem anhängenden Geheimprotokoll über die Aufteilung Polens zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion gegeben hätte. Das Ereignis berührt also die sowjetische, die polnische und die deutsche Geschichte – nicht zu vergessen die der damaligen Westalliierten, die, obwohl sie Polen Schutz versprochen hatten, das Verbrechen aus taktischen Gründen totgeschwiegen haben und dieses Schweigen nie offiziell zurückgenommen haben. Insofern deckt Zaslavskys Erzählung eine europäische Schandtat auf, an der viele mittelbar und unmittelbar beteiligt waren.

Aus einer politischen Perspektive betrachtet, gehören das Ereignis und seine Nachgeschichte zu jenen herausragenden Akten der Zerstörung und Selbstzerstörung, durch die die europäischen Länder in den Jahren zwischen 1933 und 1945 gegangen sind. In ihrem Bericht über den Eichmann-Prozess in Jerusalem 1961 prägte Hannah Arendt das Wort von der »Totalität des moralischen Zusammenbruchs«, den die Nationalsozialisten in allen Ländern Europas verursacht hätten. Katyn steht in einem erweiterten Sinne ebenfalls für einen moralischen Zusam-

Propaganda betrieb eine breite Kampagne von Verfälschung und Täuschung, die vom Zutun westlicher Politiker und Historiker profitierte. Die Sowjets versuchten, die Schuld am Massaker den Deutschen zuzuschreiben. Nachdem sie bei den Nürnberger Prozessen mit ihrem Versuch gescheitert waren, die Nazis als die Schuldigen an Katyn hinzustellen, entwarfen sie ihre eigene »offizielle Version« der Geschehnisse, die im Ausland durch ihren gewaltigen Propagandaapparat verbreitet wurde sowie durch die Mobilisierung ihrer Anhänger und Sympathisanten im Westen, insbesondere in den kommunistischen Parteien.

Eines der bemerkenswertesten Dokumente, das die Methoden veranschaulicht, mit denen die sowjetische Version der Ereignisse aufrechterhalten wurde, ist der Brief aus dem Jahre 1959 des Vorsitzenden des KGB, Alexander Schelepin, an Chruschtschow, in dem er um Erlaubnis bittet, etwa 22 000 Personalakten polnischer Kriegsgefangener vernichten zu dürfen, die nach Maßgabe des Beschlusses des Politbüros vom 5. März 1940 erschossen worden waren. Die Begründung des KGB-Vorsitzenden verdient eine genauere Betrachtung. Ich möchte einen Auszug aus dem Brief zitieren: »Sämtliche Unterlagen zu den 21 857 Fällen werden in einem versiegelten Raum aufbewahrt. Die Dokumente über die Vorgänge sind von keinerlei entscheidendem Interesse für die sowjetischen Organe, noch haben sie historischen Wert. Es ist unwahrscheinlich, dass sie für unsere polnischen Freunde wirklich von Interesse sind. Unvorhersehbare Umstände könnten jedoch zu einer Aufdeckung der Operation führen – mit allen unwillkommenen Konsequenzen für unser Land. Insbesondere was die im Wald von Katyn Erschossenen betrifft, gibt es eine offizielle Version der Geschehnisse.«

Diese, so schreibt der KGB-Vorsitzende, ist 1944 von der Burdenko-Kommission festgelegt worden. Nach den Beschlüssen dieser Kommission wurden alle diese Polen von den deutschen Besatzern liquidiert. Diese Beschlüsse der Kommission, so Schelepin weiter, »sind fest im Bewusstsein der Weltöffentlichkeit verankert«. Die beste Möglichkeit, diese offizielle Version zu erhalten, war, nach Schelepin, die kompromittierenden Unterlagen zu vernichten. Seine Empfehlung wurde vom Politbüro unterstützt, und so wurden die Dokumente über die Vergehen gegen die polnischen Gefangenen vernichtet.

Der Brief des KGB-Vorsitzenden ist ein Paradebeispiel für die totalitäre Haltung gegenüber der historischen Wirklichkeit. George Orwell hat das mit beeindruckendem Scharfsinn erfasst: »Die von

menbruch des Westens und seine Folgen, die bis heute andauern. Daher kann die Erinnerung an Katyn auch kein nationales Eigentum sein, wenngleich Polen bis heute das Land ist, in dem am meisten daran gedacht wird.

Katyn verweist darauf, dass in Europa nationale Erinnerungen nur ein Teil der Erinnerung sein können. Die Erinnerung an Katyn gehört allen, ebenso wie die Erinnerung an andere Massenmorde in der Sowjetunion oder in Deutschland, in Tschechien oder Italien oder Spanien. Es gibt kein europäisches Land, das nicht in diesen Strudel der Verbrechen, inszeniert von den zwei totalitären Supermächten und ihren Helfern, gerissen worden wäre. Und es gibt kein Land, in dem nicht die Bilder der nationalen Identität mit der Erinnerung an stattgefundene oder begangene Verbrechen kollidieren. Europäische Erinnerung kann vor diesem Hintergrund nur heißen, alle Geschichten ohne Rücksichtnahme auf nationale Glorie zu erzählen, auch die bedrückenden, die nie hätten geschehen dürfen.

Victor Zaslavskys Buch handelt vom gewalttätigen Verschweigen dieser Erinnerungserzählungen. Oder um es anders auszudrücken: Sein Buch erzählt von der Aneignung der Erzählungen der Völker durch totale Herrschaftssysteme und organisierte Propagandalügen. Diese Erzählungen fallen offensichtlich nach dem Ende der totalen Herrschaft nicht von selbst zurück in den Bereich der Wahrheit, sondern sie wollen ausgegraben werden. Das hat Victor Zaslavsky am Beispiel Katyn gemacht.

Die Jury hat Victor Zaslavsky den diesjährigen Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken verliehen, weil er nicht nur ein mutiges Buch geschrieben hat, sondern auch der europäischen Erinnerungskultur damit einen großen Dienst erwiesen hat, indem er eine fragmentierte Geschichte fortschreibt, sie vervollständigt, so wie es viele andere in der Zukunft weiterhin tun müssen ... So weit die Begründung der Jury.

Wie immer wieder an dieser Stelle möchten wir den Geldgebern herzlich danken: der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Bremer Senat, die die Preisvergabe seit nunmehr 14 Jahren tragen und festliche Abende wie diesen auch in krisenhaften Zeiten wie den unseren ermöglichen. Großer Dank gilt an dieser Stelle wie immer der Jury und dem Kreis der Kollegen und Kolleginnen aus Vorstand und Mitgliederversammlung. Stellvertretend nenne ich Peter Rüdel und Eva Senghaas.

Lassen sie mich noch ein Wort hinzufügen. Der Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken hatte seinerzeit etliche Mit-Gründer. Einer der wichtigsten Ideengeber war über die Jahre Zoltan Szankay, der Anfang des Jahres plötzlich verstorben ist. Zoltan Szankay hat erheblich zur Erkennbarkeit dieses Preises in der deutschen Preislandschaft beigetragen. Er hat stets hartnäckig und manchmal stur eingefordert, dass der Preis nicht im Ritual erstarren dürfe, nicht einfach nur Zeichen der Anerkennung für eine Leistung sein solle, dass in jeder Preisvergabe die Auseinandersetzung um das Politische sichtbar werden müsste. Das Desiderat der Erneuerung, der Überraschung, des Ungewohnten aufrechtzuerhalten, darin liegt, denke ich, eine angemessene Form des Andenkens an Zoltan Szankay.

Foto: Katherine Martin

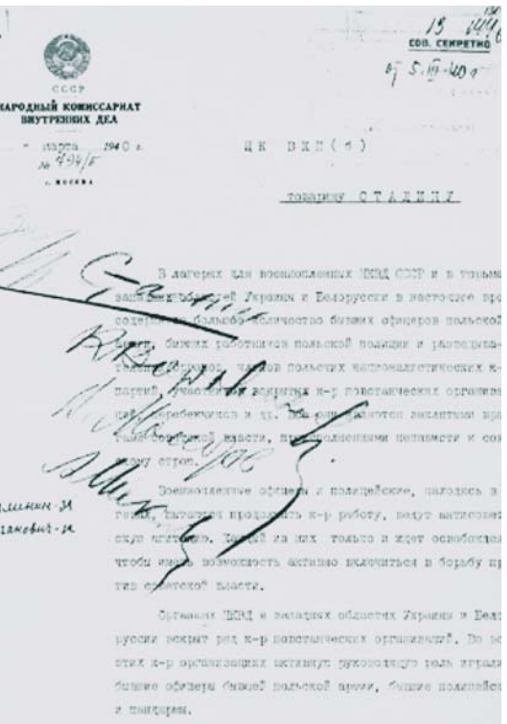
➜ *Antonia Grunenberg ist Professorin für Politikwissenschaft, Vorstandsmitglied des »Hannah-Arendt-Preises für politisches Denken e. V.« und Mitglied der internationalen Preisjury. Seit 1999 leitet sie das Hannah-Arendt-Zentrum an der Universität Oldenburg.*

totalitären Staaten organisierten Lügen sind nicht, wie oft behauptet wird, vorübergehende Hilfsmittel wie etwa die Kriegslist bei militärischen Operationen. Es sind integrierende Bestandteile des Totalitarismus, etwas, was weiter bestehen wird, auch wenn Konzentrationslager und Geheimpolizei sich nicht mehr als notwendig erweisen würden. ... Totalitarismus benötigt eine unausgesetzte Abänderung der Vergangenheit und führt auf die Dauer zur Skepsis an einer objektiven Wahrheit.«[5]

Die Tricks und Kniffe der sowjetischen Regierung, die internationale öffentliche Meinung irrezuleiten, ihre Desinformationskampagnen, diplomatischen Proteste und wirtschaftlicher Druck sind im Großen und Ganzen nur allzu effektiv gewesen. Die Mitschuld und moralische Apathie vieler westlicher Staatsmänner und Intellektueller sollte ebenfalls nicht vergessen werden, ebenso wenig wie der fehlgeleitete Pragmatismus einiger westlicher Regierungen, die, um einer Supermacht gefällig zu sein, die sowjetische offizielle Version übernahmen und davon absahen, nach der Wahrheit zu suchen. Bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion wurden viele Historiker, die die sowjetische Darstellung zurückwiesen, verdächtigt, wenn nicht gar offen beschuldigt, die Verbrechen der Nazis herunterzuspielen oder gar zu leugnen.

Warum also ist es heute, 70 Jahre nach den grauenvollen Ereignissen, notwendig, die Geschichte des Massakers von Katyn zu erzählen und wiederzuerzählen? Warum müssen wir die historischen Umstände, die Ursachen und Folgen untersuchen? An dieser Stelle möchte ich noch einmal Hannah Arendt zitieren, die in *Menschen in finsteren Zeiten* schrieb: »Sofern es überhaupt ein ›Bewältigen‹ der Vergangenheit gibt, besteht es in dem Nacherzählen dessen, was sich ereignet hat; aber auch dies Nacherzählen, das Geschichte formt, löst keine Probleme und beschwichtigt kein Leiden, es bewältigt nichts endgültig. Vielmehr regt es, solange der Sinn des Geschehens lebendig bleibt – und dies kann durch sehr lange Zeiträume der Fall sein – zu immer wiederholendem Erzählen an.«[6]

Im Fall von Katyn gibt es besonders zwingende Gründe, warum die Erinnerung daran wachgehalten werden muss. Zunächst vereinigt Katyn vieles, was für eine lange Zeit aus dem europäischen Bewusstsein verdrängt oder gelöscht worden ist. Jegliche Untersuchung des Massakers an den polnischen Offizieren müsste der Frage der geplanten Aufteilung Europas zwischen den beiden totalitären Regimes als Folge der geheimen Zusatzprotokolle des Molotow-Ribbentrop-Paktes nachgehen. Damit könnten die



СОВ. СЕКРЕТНО

СССР

НАРОДНЫЙ КОМИССАРИАТ ВНУТРЕННИХ ДЕЛ

ЦК ВКП(б)

товарищу СТАЛИНУ

Historiker die beträchtliche Annäherung dieser Systeme zwischen 1937 und 1941 nicht länger ausklammern. Die enge deutsch-sowjetische Zusammenarbeit dieser Zeit war keinesfalls ein Zufall, sondern lag vielmehr in ihrem Kampf gegen einen gemeinsamen Feind begründet, in ihrem gemeinsamen Interesse an einer Aufteilung Europas und, wie Jewgenij Gnedin, ein enger Mitarbeiter des Außenministers Maxim Litwinow, sagte, in den »strukturellen Ähnlichkeiten« der jeweiligen Systeme Stalins und Hitlers.

Die Unterlagen über den Fall von Katyn machen nur allzu deutlich, was das für strukturelle Ähnlichkeiten waren. Sie liefern konkrete Beweise für die grundlegende Verbindung der Regime von Hitler und Stalin, ihrer Funktionsweisen und Ideologien. Beide Systeme waren radikal, intolerant und »revolutionär«; beide befürworteten nicht nur die Anwendung von Gewalt, um eine »neue Gesellschaft« zu schaffen und den gemeinsamen Feind zu vernichten, sondern glorifizierten sie förmlich; beide vollzogen praktisch einen kompletten Bruch mit jedem juristischen Prinzip des internationalen Rechts und lehnten das Prinzip von individueller Schuld und Verantwortung ab. Wenn auch die diametral entgegengesetzten Ursprünge der nationalsozialistischen und der marxistisch-leninistischen Ideologie einen möglichen Ausgangspunkt für eine Konfrontation zwischen Nazismus und Stalinismus bildeten, so lag eine Allianz im Kampf gegen den gemeinsamen Feind – die Liberaldemokratie und die Sozialdemokratie – ebenfalls vollkommen im Bereich des Möglichen.

Die heutige Relevanz Katyns für die vergleichende Forschung zu Ereignissen wie Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen, Massenmorden, die euphemistisch als humanitäre Krisen bezeichnet werden, ist nicht zu bestreiten. Eines der typischen Merkmale verschiedener humanitärer Krisen ist eine massive Anstrengung seitens der Mörder, die historische Wahrheit zu verschleiern, die Opfer verantwortlich zu machen und die Zeugen zu verfolgen. Deshalb sollten Historiker, die heute versuchen, aus der Erfahrung von Katyn eine nützliche Lehre zu ziehen, über das tragische Schicksal einiger Mitglieder der internationalen medizinischen Kommission nachdenken, die schon 1943 ein klares Schuldurteil gegen die Sowjets gefällt hatten und später massivem politischem Druck und Repressionen ausgesetzt waren. Darüber hinaus stehen die Historiker heute vor der dringlichen Aufgabe zu erklären, warum demokratische Regierungen wie die von Großbritannien sowie große Teile der westlichen Öffentlichkeit, insbesondere westliche Historiker, im Angesicht der zynischen Lügen und Verfälschungen der Sowjetunion in Bezug auf den Fall Katyn ein halbes Jahrhundert lang peinliches Stillschweigen bewahrt haben.

Ebenfalls notwendig ist es, die Beweggründe für das Verhalten des großen Reformers Gorbatschow zu verstehen, der sich hartnäckig weigerte, das entscheidende Beweisstück öffentlich zu machen, sogar bis zu dem Punkt, an dem seine eigene Regierung und seine eigene politische Zukunft auf dem Spiel standen. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass gerade Gorbatschow, der mehr als alle anderen dafür tat, den Zusammenbruch des sowjetischen Systems und die friedliche Auflösung der Sowjetunion zu erreichen, es versäumte, die Existenz der Originaldokumente des Molotow-Ribbentrop-Paktes und der Befehle zur Hinrichtung der polnischen Offiziere zu bestätigen. Gorbatschow war ein Mann des Parteiapparats; er brach niemals völlig mit den Regeln, den Verhaltensweisen und der Geisteshaltung eines Führers der KPdSU. Er hoffte, die führende Rolle der Kommunistischen Partei erhalten zu können und ihr zugleich demokratische Züge zu verleihen, die der Ideologie, den Traditionen, der Struktur und Organisation der Partei zutiefst fremd waren. Gorbatschow gelang es nie völlig, seine enge Verbindung zur marxistisch-leninistischen Ideologie zu lösen.

Der widersprüchliche Charakter der Entstalinisierung, die von Chruschtschow eingeleitet und später von Gorbatschow fortgeführt wurde, führte zu einem eklatanten Widerspruch zwischen der Beurteilung des stalinistischen Vermächtnisses und Stalins Außenpolitik. Wie russische Historiker betont haben: »Millionen Opfer des Stalinismus erlebten einerseits die Verurteilung der politischen Praxis des Stalinismus und waren andererseits Zeugen der Wertschätzung von Stalins Leistung als marxistischer Staatsmann, der das Land in eine ›leuchtende kommunistische Zukunft‹ führte, erlebten also eine Idealisierung des totalitären stalinschen Systems.«[7] Im heutigen Russland spiegelt sich dieser Widerspruch nicht nur in den neuen Geschichtslehrbüchern an den Schulen und Universitäten, sondern auch in der Arbeit seriöser Historiker wider. So bezog sich das maßgebliche russische Journal für Zeitgeschichte jüngst in seiner Einleitung zur Veröffentlichung wichtiger Dokumente – Protokolle von Stalins Treffen mit polnischen Stellvertretern in den Jahren 1943–44 – indirekt auf das Massaker von Katyn: »Die Hoffnungen, konstruktive sowjetisch-polnische Beziehungen erhalten zu können, schwanden, als die UdSSR ihre diplomatischen Beziehungen zur polnischen Exilregierung abbrach, da sie die polnische Reaktion auf die deutsche Information, nach der die Sowjets für das Massaker von Katyn verantwortlich seien, als beispiellose antisowjetische Kampagne

1 Victor Zaslavsky: *Klassensäuberung. Das Massaker von Katyn*. Aus dem Englischen von Rita Seuss, Berlin (Wagenbach Verlag) 2007 (141 S., 10,90 €).

2 Hannah Arendt: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München 1965, S. 958 f.

3 Ebd., S. 878.

4 Übersetzt nach: Hannah Arendt: *The Origins of Totalitarianism*, Cleveland and New York 1958, S. 466.

5 George Orwell: »Rache ist sauer«, in: *Ausgewählte Essays II* (darin: »Zur Verhinderung von Literatur«), Zürich 1975, S. 83 f.

6 Hannah Arendt: *Menschen in finsteren Zeiten* (darin: »Gedanken zu Lessing«), München 1989, S. 37.

7 I. Iazhborovskaia, A. Iablokov, V. Parsadanova: *Katynskii sindrom v sovetsko-pol'skikh i rossiisko-pol'skikh otnosheniiakh*, Moskau: ROSSPËN, 2001, S. 230 (Originalzitat).

8 A. Noskova, Predislovie: »Stalin i Polsha. 1943–1944 gody. Iz rassekrechennykh dokumentov rossijskikh arkhivov«, in: *Novaja i novejshaja istoria*, Nr. 3/2008, S. 108 (Originalzitat).

Linke Seite: Memo von Lawrenti Beria an Stalin vom 5. März 1940 mit dem Vorschlag zur Exekution der polnischen Offiziere. / Deutsche und sowjetische Offiziere verständigen sich über den Verlauf der Demarkationslinie in Polen. – Rechte Seite: Vorausgegangen war dem am 23. August 1939 der Ribbentrop-Molotow bzw. Hitler-Stalin-Pakt. – Fotos aus: »Russland unter Hammer und Sichel«, Gütersloh 1967.

auffasste.«[8] Die Frage, ob die Informationen zum Massaker von Katyn wahr waren oder nicht, wird völlig vermieden, während die künstliche Entrüstung über »eine beispiellose anti-sowjetische Kampagne« als geschichtliche Rechtfertigung für Stalins Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur rechtmäßigen polnischen Regierung präsentiert wird.

Schließlich bedarf es deshalb weiterer Forschung zum Fall von Katyn, weil immer neue Informationen zur Vorbereitung und Ausführung des Massakers auftauchen. Am allerwichtigsten aber ist, dass für Tausende Verwandte, Freunde und Nachkommen der Opfer, die nie etwas über das Schicksal ihrer Lieben erfahren haben, das Massaker von Katyn längst nicht Geschichte ist, sondern Teil ihres täglichen Lebens. Die Opfer von Katyn wurden in nicht gekennzeichneten Massengräbern begraben und ihre Familien so jeder Möglichkeit beraubt, wenigstens ihre Gräber besuchen zu können. 1989 leitete die militärische Generalstaatsanwaltschaft eine Untersuchung des Massakers von Katyn ein, bezeichnet als Völkermord, ein Verbrechen, für das es keine Verjährungsfrist gibt. 2004, kurz vorm 65. Jahrestag des Massakers, stoppte der Militärgerichtshof der Russischen Föderation die Untersuchung mit der Begründung, dass das Massaker von Katyn nicht als Völkermord klassifiziert werden könne und die Handlungen des NKWD gegen polnische Bürger im Einklang mit dem damaligen Strafrecht gestanden hätten. Darüber hinaus erklärte der Militärgerichtshof, dass 36 von 183 Aktenbänden, die im Laufe der Untersuchungen gesammelt wurden, »Staatsgeheimnisse« enthielten und weitere 80 Informationen vertraulicher und geheimer Natur. Es wurden den Historikern von vornherein nur 67 der 183 Aktenbände, die von den militärischen Anklägern zusammengetragen wurden, zugänglich gemacht. Das russische Militärgericht erklärte jedoch, dass es in Erwägung ziehen würde, sich im Rahmen des russischen Föderationsrechts mit den Opfern von Katyn hinsichtlich der Rehabilitierung von Opfern politischer Verfolgung zu befassen.

Die Entscheidung des Militärgerichtshofs, Dokumente zum Fall Katyn als »geheim« zu klassifizieren, verstärkte das öffentliche Misstrauen sowohl in Russland als auch international, dass hier in altbewährter Manier die Verbrechen des sowjetischen Regimes reingewaschen werden sollten. Das Gesetz der russischen Föderation zur Rehabilitierung der Opfer von politischer Verfolgung bedingt, dass das Verfahren zum Fall Katyn nicht geschlossen werden kann, ohne die Namen der Verantwortlichen zu ermitteln und öffentlich zu machen, sowohl die von den Anstiftern als auch von den Organisatoren und Tätern auf allen Ebenen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden die Organisatoren und diejenigen, die deren Befehle ausführten, identifiziert. Trotzdem ist – während westliche Staaten damit fortfahren, die Verbrechen der Nazis zu ermitteln und zu bestrafen – in Russland nicht ein einziger Mörder einem Richter vorgeführt, noch ist eine polizeiliche Ermittlung überhaupt in die Wege geleitet worden.

Verwandte und Nachkommen der Opfer des Massakers von Katyn haben einen Rechtsstreit zur Rehabilitierung der Opfer begonnen. Sie werden von der »Memorial Society« unterstützt, einer Gesellschaft russischer und ausländischer Historiker, die sich mit der sowjetischen Geschichte, insbesondere mit deren verborgenen Seiten, beschäftigt. Im Januar 2006 erhielt die Witwe eines 1940 bei Katyn erschossenen Offiziers, die die offizielle Rehabilitierung ihres Mannes gefordert hatte, von der Staatsanwaltschaft die folgende Abfuhr: Weder ihr Ehemann noch die anderen Offiziere könnten rehabilitiert werden, weil »das Rehabilitationsgesetz nur für die Opfer staatlicher Repression gilt. Während des Ermittlungsverfahrens stellte sich jedoch heraus, dass selbst der Paragraph des russischen Strafgesetzbuches von 1926, der angewandt wurde, um polnische Offiziere zu verurteilen, nicht ermittelt werden konnte, weil alle relevanten Dokumente zerstört worden waren.« Das ist nichts als bürokratische Verachtung und ein Hohn auf die Gerechtigkeit. Der russische Oberste Gerichtshof hat kürzlich unter dem Druck der orthodoxen Kirche Zar Nikolaus II. und seine Familie rehabilitiert, die 1918 erschossen worden waren, ohne sich auf die Paragraphen des Strafgesetzbuches zu beziehen, anhand derer sie verurteilt worden waren. Als aber im Mai 2008 Verwandte der Opfer versuchten, die Entscheidung anzufechten, die Untersuchungen zu Katyn einzustellen, lehnte der Moskauer Gerichtshof es mit der Begründung ab, den Fall zu überdenken, dass das Material Staatsgeheimnisse enthalte. Nun legt die »Memorial Society« beim Internationalen Gerichtshof in Straßburg Berufung ein. Der Rechtsstreit geht weiter, während die Generation, die die Ereignisse durchlebt hat, von der Bildfläche verschwindet. Wie der Vorsitzende der »Memorial Society«, Arseni Roginski, zu Recht betont, hängen sowohl Russlands Gegenwart als auch Zukunft davon ab, die Vergangenheit zu bewältigen, das heißt, es bedarf einer ehrlichen und umfassenden Analyse des sowjetischen Massenterrors. Diese Schlussfolgerung sollte auf ganz Europa (und darüber hinaus) ausgedehnt werden.

Deutsche Übersetzung von Ute Szczepanski.

➜ *Victor Zaslavsky, geboren 1937 in Leningrad (heute St. Petersburg), arbeitete zehn Jahre als Ingenieur und lehrte anschließend Soziologie an der Universität Leningrad. Nach der Emigration 1975 lehrte er an der University of California, der Stanford University und an den Universitäten von Florenz, Venedig, Bergamo und Neapel; zurzeit Professor an der Free International University for Social Sciences, Luis Guido Carli, in Rom.*

Alfred Grosser

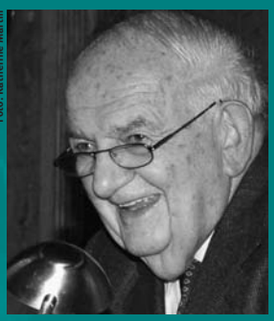


Foto: Katherine Martin

Kreative Erinnerung

Laudatio für den Preisträger Victor Zaslavsky

Die Einleitungen waren so gut, dass mir eigentlich wenig Positives zu sagen bleibt außer Wiederholungen. Allerdings kommt auch einiges Kritisches, was noch nicht gesagt wurde. Was ich vermisst habe, ist, dass man von Ihren anderen Büchern nicht gesprochen hat. Immerhin sind beim Wagenbach-Verlag *In geschlossener Gesellschaft*, die Beschreibung des sowjetischen Alltags, und die Sammlung *Das russische Imperium unter Gorbatschow* erschienen, das sind wertvolle Beiträge zum Verständnis des nachstalinistischen Russlands. Das Wichtigste, ich sage es noch einmal, ist, dass Ihr Buch im Unterricht im Westen und im Osten vorgestellt und verwendet werden sollte. Im Osten, damit meine ich auch die so genannten Neuen Bundesländer, die nach 18 Jahren nicht mehr so neu sind, da habe ich schlimme Erfahrungen gemacht. Vor ein paar Jahren sprach ich in Potsdam, es waren fast nur ehemalige SED-Mitglieder dabei, und sie wussten eigentlich nichts. Sie wussten etwas von der DDR, die gar nicht so schlimm gewesen ist im Vergleich mit anderen. Es hat keine Prozesse gegeben wie in Prag oder in Budapest, keinen Gulag, es hat nur – ich sage absichtlich *nur* – Gefängnisse gegeben. Und sie wussten nichts von so etwas wie Katyn. Das hatte etwas Tragisches, und es ist nun besonders schön – ich muss es wiederholen –, dass heute ein *russischer* Wissenschaftler das gesagt hat.

Vorgestern haben in Paris *Libération* und *Le Monde* lange Besprechungen gebracht – das war im Sinne dessen, was Frau Linnert eben gesagt hat – über das Buch eines türkischen Professors, Taner Akçam, *Le génocide arménien et la question de la responsabilité turque*, also: Der armenische Völkermord und die Frage der türkischen Verantwortlichkeit – das ist jemand, der fragt wie Sie, was war eigentlich deren wirkliche Schuld? Warum ist er nun in einer schwierigen Lage? Weil er dargestellt hat, wie die Jungtürken, darunter Atatürk, der abbrechen wollte, für den Massenmord mit verantwortlich waren. Und genauso kann ich Putin verstehen. Er war ja immerhin in Dresden der Überwacher der Stasi, der Mann, der dann in den Geheimdiensten geblieben ist und der es sich leisten konnte, dem Pipeline-Projekt von Russland bis hierher, das noch nicht gebaut ist, mit dem Exkanzler Herrn Schröder einen Generalsekretär zu geben, den er als Stasimann in Dresden gekannt hatte. Deswegen finde ich, dass Putin, ich sage nicht, gut ist, aber verständlich.

Etwas erstaunt war ich über das, was Sie über Gorbatschow schreiben, aber Sie haben Recht, nur: er hat doch viel getan – ich war im Kriegsmuseum in Minsk, da erklärte mir die Direktorin, dass es unter Chruschtschow plötzlich den Stalin-Hitler-Pakt gab, unter Gorbatschow das Geheimprotokoll. Allerdings steht im Geheimprotokoll natürlich Katyn nicht drin. Aber da gab es Fortschritte.

Wo ich nicht ganz einverstanden sein kann, ist, dass man im Westen so wenig darüber sprach. Ich darf mich selbst zitieren, mein erstes Deutschlandbuch 1953, *L'Allemagne de l'Occident 1945–1952*, darin spreche ich über Katyn, wegen des Prozesses, und sagte auch, dass eben das beim Nürnberger Prozess unterdrückt worden war, weil der sowjetische Richter einfach nicht gewollt hat, dass man über Katyn spricht. Allerdings, fügte ich damals hinzu, und das muss noch heute teilweise wahr bleiben, das wurde von Ihnen schon gesagt, kein Deutscher darf sich seiner nationalsozialistischen Vergangenheit deshalb gerechtfertigt fühlen, weil auch die Russen barbarisch verfahren sind. Und das war damals eine Befürchtung der Alliierten, denn es gab einige Deutsche, die sich freuten, wie sich die ehemaligen Sieger untereinander des Massenmordes beschuldigten.

Es ist schon über Katyn geschrieben worden vor ein paar Jahren in dem großen *Schwarzbuch des Kommunismus* – zuerst auf Französisch 1997 erschienen, dann bei Piper 1998 –, worin ein Pole, Andrzej Paczkowski, über Katyn geschrieben hat in Verbindung mit dem Massenterror, der dann 1944, 1947 in Polen stattgefunden hat. Hier übrigens eine Randbemerkung: In Deutschland ist man auch nicht immer gewillt, sich an alles zu erinnern. Ich werde einige stören, wenn ich sage, immerhin gehört Herbert Wehner auch zu den Komintern-Unterwürfigen, der auch denunziert hat, der auch eine Kaderliste aufgestellt hat, mit der dann Menschen hingerichtet wurden. Onkel Herberts Vergangenheit ist jedoch im Bundestag fast immer untergegangen.

Ich glaube aber auch, es stimmt, dass die kommunistischen Historiker all das immer verneint haben. Und nicht nur die kommunistischen. Ich darf mir – Eigenlob! – zwei positive Dinge zurechnen: Im *Mémorial de Caen*, ein wunderbares Museum über die Kriegsgeschichte, habe ich vehement protestiert, weil nach 1945 nichts Negatives über die Sowjetunion dringestanden hat. Jetzt hat sich das verändert, nicht nur mein Einfluss, es steht jetzt auch drin, was geschehen ist in den Prozessen, mit den Massenmorden und so weiter. Und dann, bitte, sehen Sie sich das *Deutsch-französische Geschichtsbuch* an, das so gelobt wird, aber nicht von mir – im ersten Band steht so gut wie nichts über das, was im Osten geschehen ist, was unter Stalin geschehen ist, über Mao steht überhaupt nichts drin, und über Stalin steht furchtbar wenig drin. Und das ist einer der Vorteile Ihres Buches, dass es einen in die Lage versetzt, darüber sprechen zu können. Man kann sich kaum noch vorstellen, was kommunistische Histo-

riker in Frankreich, mehr als in Deutschland, alles geschrieben, verleugnet haben. Beim Krawtschenko-Prozess wurde Margarete Buber-Neumann, die ja in sowjetischen Lagern, dann in Ravensbrück gelitten hatte (und deren Gatte, ein deutscher KP-Führer, von Stalin ermordet worden war), beschimpft, sie lüge und so weiter, und dann zitiere ich nur einen Artikel von 1950 in den *Cahiers du communisme*, von drei großen Historikern unterschrieben, Bruhat, Soboul, Agulhon: »Maurice Thorez, (charismatischer Generalsekretär der KPF) ist Historiker, weil er ein Politiker der Arbeiterklasse ist. Als Politiker der Arbeiterklasse zeigt er den Weg, weil er Historiker ist. Dank Maurice Thorez können wir unsere wissenschaftliche Konzeption der Geschichte der Bourgeois-Geschichte entgegenstellen. Weil unser Generalsekretär aus der Arbeiterklasse kommt, sind wir gute Historiker.« Nur, füge ich noch hinzu, vielleicht ist es auch in Ihrem Sinne, habe ich immer geschrieben, dass die Verneiner von dem, was in der Sowjetunion war, ich denke an eine Deportierte, die danach sagt, es gibt keine Gefängnisse in der Sowjetunion, und die Gefangenen werden wunderbar behandelt, dass die schuldiger sind als die, die eben nachher Auschwitz verneint haben, denn sie haben verhindert, dass man sich um die kümmert, die noch lebten. Es ging nicht nur um eine Beschimpfung der Toten, es ging auch um eine Verhinderung, um das Schicksal der noch Lebenden, der in Gefängnissen oder im Gulag Lebenden, dass man sich um sie kümmert.

Aber, nun kommt's: Ich habe Schwierigkeiten mit Ihrem zentralen Thema. Warum? Weil es mich an jemanden erinnert, den ich nicht gern habe – er heißt Ernst Nolte. Und Ihre These ist nicht ganz unähnlich mit den Thesen von Nolte im Historikerstreit. Die letzte gute Beschreibung von dem, was er geschrieben hat und was die Querele war, ist in dem Buch von Hans-Ulrich Wehler, im letzten Band seiner Geschichte der deutschen Gesellschaft, wo er nochmals betont, was Nolte damals, 1986, alles geschrieben hat. Das Dritte Reich habe gegen eine asiatische Gefahr gekämpft, warum diese asiatische Gefahr so schlimm war, dabei kommt dieses furchtbare Wort *Prius* vor – denn die Vernichtung der Kulaken war zeitlich früher, war sie eine Ursache für Hitler? In einem Artikel von 1986 bejaht er dies, was Sie nie gesagt haben, aber er gebraucht auch das Wort *Klassenvernichtung*. Das Wort *Klassenvernichtung* steht bei Nolte, die Frage lautet nun, was ist denn eigentlich eine Klassenvernichtung? Zunächst finde ich, im Gegensatz zu Ihnen, die Definition der Vereinten Nationen, was Völkermord ist, unwahrscheinlich vage und beinahe unbrauchbar. Die Definition von 1948, also: Völkermord, Tötung von Mitgliedern einer Gruppe, Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden von Mitgliedern der Gruppe, vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen, Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind, gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe. Das entspricht relativ wenig dem Begriff des Völkermords, wie Sie ihn zu Recht gebrauchen, aber stellt die Frage, was will man eigentlich vernichten? Und hier bin ich wirklich nicht ganz einverstanden. Es stimmt für die Schriften von Lenin am Anfang, es stimmt für die Vernichtung der Kulaken in den ersten Jahren, aber wie ist es weiter? Ich kenne eigentlich nur einen Völkermord im Sinne, wie Sie sagen, einer Klasse, das ist der Selbstgenozid Kambodschas, wo eine Million Menschen getötet wurden, nur weil sie lesen und schreiben konnten, nur weil sie Intellektuelle waren, damit man von Null in der Gesellschaft neu anfangen kann, und das hat einen Massenmord an einer bis anderthalb Millionen Menschen gebracht. Aber unter Stalins Ver-

Im eroberten Reichstag von Berlin trugen sich 1945 die russischen Soldaten ein. Teile davon sind heute noch in den Gewölben des Bundestages erhalten. – Foto: Yevgeni Khaldei, aus: »Von Moskau nach Berlin. Der Krieg im Osten 1941–1945, gesehen von russischen Fotografen«, Oldenburg und München 1979.

antwortung in der Ukraine beim *Holodomor*, beim Massenmord durch Hunger, war es völlig gleichgültig, welche Ukrainer massenhaft starben, es starben ungefähr zwei Millionen, und so weiter. Und wenn man zum Beispiel den Chruschtschow-Bericht liest, dass 70 Prozent der Mitglieder des Zentralkomitees des XVII. Kongresses ermordet wurden, welche Völker deportiert worden waren, ganze Völker, Wolgadeutsche, Tschetschenen und so weiter, dann sehe ich wirklich, was alles ermordet worden ist von Stalin – die eigenen Genossen in der Partei, massenhaft, auch die, die emporsteigen wollten. Es gibt einen wunderbaren Film, »*Soleil trompeur*« (*Die Sonne, die uns täuscht*), in dem ein Oberst glaubt, er stünde in der Gnade Stalins, doch wird er rücksichtslos verprügelt, dann ermordet, Frau und Kinder werden deportiert, wie die Frauen und Kinder bei Katyn deportiert worden sind.

Da bin ich auch bei einem Sonderfall, das ist der Fall Polen. Zu Recht wird im *Schwarzbuch des Kommunismus* darauf hingewiesen, dass Polen für sein Martyrium keinen Stalin brauchte. Der Gründungstag der deutschen Demokratie ist für mich das Hambacher Fest gewesen, und das Hambacher Fest hat sein Lied – das große Lied des Hambacher Fests war: *Vor des Zaren finsterem Angesicht/Beugt der freiheitsliebende Pole sich nicht*. Es war ein Massenmord an Polen in Polen geschehen, ein unabhängiges Polen gab es nicht, wie später eine Frau wie Marie Curie, zukünftige Nobelpreisträgerin, in ihren Erinnerungen schreibt – in der Schule in Polen durfte sie kein Polnisch sprechen. Das Russisch war obligatorisch mit der Absicht, das Polnische auszumerzen. Also, Polen ist wirklich das Land, das am meisten gelitten hat, und ich glaube, der schlimmste Satz, der in Deutschland ausgesprochen wurde, ist von einer deutschen Frau, die behauptet zu sein, was sie nicht ist, sie heißt Erika Steinbach, und sie sagte: Die Polen haben *auch* gelitten. Dieses »*auch* gelitten« ist eine Provokation. Es trifft sich auch, dass Ihr Bundespräsident genauer sagen sollte, wo er geboren ist – aber er hat es gesagt, nämlich in einem Dorf, das polnisch war, doch der Geburtsschein kommt aus dem ersten Jahr der Germanisierung.

Ich darf erinnern, im Februar 1933 sagt Hitler seinen Generälen und Ministern, wenn sie einmal die politische Macht haben, neue Exportmöglichkeiten erkämpfen, besser gesagt, neuen Lebensraum im Osten erobern und ihn rücksichtslos germanisieren. Hier ging es also, und ich glaube auf beiden Seiten, um nicht weniger als die Elite auszurotten, damit sie das Volk nicht beeinflussen kann, nicht aber um Kommunisten daraus zu machen. Wir wissen heute, dass Hitler nicht nur die Juden im Visier hatte, sondern nach den Juden wären die Polen drangekommen, darüber gibt es genügend Dokumente. Die am meisten gelitten haben, sind – Sie haben darauf angespielt – die Weißrussen. Ich war in Minsk und in Hatyn, also im anderen Katyn, sie haben ein Viertel der Bevölkerung verloren; es gibt zu Recht in Riga das Museum der Besatzung*en* – Plural –, denn sie wurden von beiden Seiten ausgeplündert, weggeschickt, in die Armee gezwungen, so dass sich zum Beispiel Litauer gegenüberstanden, die einen in der deutschen Armee, die anderen in der sowjetischen Armee – und für Minsk kommt natürlich noch der heutige Diktator plus Tschernobyl dazu, das ist wirklich viel für ein Volk.

Ich glaube, es gibt in diesem Sinne auch andere Ausrottungen. Was ist für Sie der 11. September? Für mich ist er *auch* der 11. September 1973 in Santiago de Chile. Und die Zahl der Ermordeten in Argentinien und in Chile, sorgfältig ausgewählte Intellektuelle, auch in einer Kategorie des Volkes, also ein Klassenmord, hat viel, viel mehr Tote gezeitigt als das furchtbare Attentat in New York. Die Morde sind vollbracht worden mit Zustimmung und Ermunterung von Henry Kissinger, von dem ich nie gewusst habe, warum er den Friedensnobelpreis bekommen hat. Das war für mich so etwas wie eine Klassensäuberung, damit man Argentinien oder Chile besser beherrschen kann. Sie haben völlig Recht, dass man sich in dieser Hinsicht auch erinnern sollte. Ich hatte neulich die Ehre, zum Volkstrauertag auf Schloss Ehrenbreitstein für das deutsche Heer zu sprechen und die Trauerrede zu halten, eben weil ich Franzose bin, und da wird ein Text verlesen, der von Ihrem Bundespräsidenten auch immer verlesen wird: Wir denken heute an die Opfer von Gewalt und Krieg und so weiter, wir gedenken derer, die verfolgt und getötet wurden, weil sie einem anderen Volk angehörten, einer anderen Rasse zugerechnet wurden, oder deren Leben wegen einer Krankheit oder Behinderung als lebensunwert bezeichnet wurde. Und ich glaube, man könnte jetzt wirklich noch mit Ihrem Buch hinzufügen, weil sie einer Klasse zugeschrieben wurden. Das fände ich auch völlig richtig, denn man kann darüber diskutieren, das müsste drin sein. Übrigens, Randbemerkung: Seit zwei Jahren steht noch etwas anderes Schönes drin: Wir gedenken heute auch derer, die bei uns Opfer durch Hass und Gewalt gegen Fremde geworden sind. Das ist ein sehr schöner Text, wie er in Russland nie formuliert werden wird, in der Türkei wahrscheinlich auch nicht.

Deswegen glaube ich sehr an eine kreative Erinnerung, und diese gibt es in Polen, wenn Sie das Denkmal sehen am Getto – nicht nur das große Denkmal, sondern jetzt das kleine Denkmal in Warschau – mit dem Kniefall von Willy Brandt. Und dieses Denkmal nehme ich immer als Beispiel für das, was eine kreative Erinnerung ist. Willy Brandt war gewiss an nichts mitschuldig – mit 19 Jahren floh er aus Deutschland als verfolgter Jungsozialist, als Kanzler der Bundesrepublik trug er auf seinen Schultern die *Last* der Vergangenheit. Nicht die Schuld der Vergangenheit, die *Last* der Vergangenheit und die Verantwortung für die Vergangenheit. Ich glaube kaum, dass es möglich sein wird, in Russland in absehbarer Zeit so jemanden zu haben. Es bleibt aber bei dem Willy-Brandt-Argument – da sollte auch Herr Steinmeier mehr daran denken und auch Frau Merkel und Herr Sarkozy –, dass die Beziehungen mit Russland in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland noch zu Recht von Angst geprägt sind. Und wenn wir zu 27 eine gemeinsame Außenpolitik machen wollen, muss diese Angst ein Teil unserer Außenpolitik sein. Es trifft sich, dass heute an die Türkei die Bedingung gestellt wird, die *nicht* an Putin gestellt wird. Die 27 haben der Türkei gesagt, eine der Bedingungen des Eintritts der Türkei ist die Anerkennung des Massenmords an Armeniern. Man könnte nach Moskau sagen, die Bedingung für freundschaftliche gute Beziehungen ist ein Blick auf die Vergangenheit. Und ein Zugeständnis zur Vergangenheit.

In diesem Sinne finde ich, dass Sie in Ihrem Buch mit historischer und soziologischer Schärfe auch eine Grundlage, eine moralische Grundlage der Politik hervorgehoben haben, im Sinne einer Vergangenheit, die da sein soll, damit man eine Zukunft bedenken kann. Hier darf ich sagen, was mir in Deutschland sehr vorgeworfen wird, in Frankreich übrigens auch. Als der Bundespräsident im Februar 2005 vor der Knesset sprach, sagte er, die Konsequenz der nationalsozialistischen Vergangenheit sei, dass jeder Deutsche sich überall um die Würde des Menschen kümmern sollte. Ich habe dann in meinem Artikel beigefügt: Und er wusste, dass die Palästinenser auch Menschen sind.

So darf ich Ihnen nun danken mit nicht gänzlichem Einverständnis mit der Grundthese, was natürlich wichtig ist, das heißt, dass es ein Zeichen der Ausrottung einer Klasse sein sollte – ich glaube, es war teilweise das, aber das Leiden der Polen muss umfassend gesehen werden, und Katyn ist ein Beispiel dafür, was Polen wirklich erlitten hat. Ich danke Ihnen für das, was Sie geleistet haben.

➜ *Professor Alfred Grosser ist deutsch-französischer Publizist und Schriftsteller, Soziologe und Politikwissenschaftler.*

Podiumsdiskussion

Das Massaker von Katyn, der Westen und die Klassensäuberung

Auszüge aus einer Debatte

Infolge des Stalin-Hitler-Paktes von 1939 wurden 1940 bei einem Massaker im Wald bei Katyn (Russland) über 25 700 Polen, vorwiegend Offiziere und Intellektuelle, vom sowjetischen Geheimdienst NKWD per Genickschuss ermordet. Welche Auswirkungen hat der Pakt, der dieses Verbrechen ermöglichte, auf das Europa von heute?

Es diskutierten am Tag nach der Preisverleihung: Prof. Victor Zaslavsky (Rom), Prof. Alfred Grosser (Paris), Prof. Susanne Schattenberg (Bremen), Prof. Karol Sauerland (Warschau). – Moderation: Dr. Dunja Melcic (Frankfurt). – Die Diskussion fand auf Englisch und Deutsch statt. Es folgt eine übersetzte und von der »Kommune« redaktionell bearbeitete und gekürzte Fassung der Tonbandabschrift der Diskussion.

Dunja Melcic:
Wir ehren die beeindruckende Arbeit des diesjährigen Preisträgers des Hannah-Arendt-Preises für politisches Denken, der sich der Forschung zu diesen tragischen Ereignissen gewidmet hat, jenem Schandfleck, bekannt unter dem Namen Stalin-Hitler-Pakt von 1939, und dem Massaker der Sowjets an den polnischen Offizieren im Wald bei Katyn 1940.

Ich schlage vor, die Fragen aus dem Blickwinkel der Erinnerung zu thematisieren. Hierzulande heißt es meistens »aufarbeiten« – bezogen auf die deutsche Geschichte sprechen wir von Vergangenheitsbewältigung. Im Zusammenhang mit dem heutigen Thema liegen die Akzente womöglich etwas anders. Es geht nicht nur um grausame Verbrechen, sondern auch um verbrecherische Lügen und das Fabrizieren von falschen Erinnerungen. Weitere Stichworte wären die westliche Duldung des Vertuschens; aber ich hoffe, dass wir auch darauf zu sprechen kommen, welche Unterschiede es in den Erinnerungen in Ost und West gibt. ...

Jeder, der sich einmal mit dem Totalitarismus beschäftigt hat, hat vom Fall Katyn zumindest gehört, denn dieser Massenmord und seine Vertuschung stellen ein Musterbeispiel des Totalitarismus dar. Eine ganze nationale Elite, die polnische Offiziers-Elite, wurde ausgemerzt. Damit wurde der Klassenfeind samt Familienmitgliedern, also der von Hannah Arendt apostrophierte »objektive Feind«, ausgerottet. Das stellte für sie eine Klassensäuberung dar. Weiter gilt der Fall Katyn als ein Paradebeispiel einer 50-jährigen Leugnung, Verdrehung und Fabrikation von dreisten Lügen aus der Moskauer Propagandaküche, die auch im Westen nicht hinterfragt wurden. In Ihrer Studie, Professor Zaslavsky, gehen Sie beidem mit klarer geschichtswissenschaftlicher Methode nach. Meine Frage: Warum ist die Aufdeckung der Wahrheit von Katyn heute noch nicht umfassend geschehen?

Victor Zaslavsky:
Owen O'Malley, britischer Botschafter bei der polnischen Exilregierung, verfasste 1943 ein umfangreiches Memorandum zum Problem des Massakers von Katyn, worin er, basierend auf den verfügbaren Beweismaterialien, zu dem Schluss kam, dass die Sowjets das Verbrechen begangen hatten. Churchill beschrieb O'Malleys Bericht als »düstere, gut geschriebene Geschichte« und schickte ihn mit dem Hinweis an Roosevelt, dass er nicht in Umlauf gebracht werden solle. Das Memorandum blieb unter Verschluss und wurde erst am Vorabend des Zusammenbruchs der Sowjetunion der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. O'Malley beendete sein Memorandum mit diesen Worten: »Lasst uns immer an diese Ereignisse denken, doch niemals darüber sprechen.« Heute sollten wir das genaue Gegenteil tun. Es gibt viele Gründe, die Erinnerung an Katyn lebendig zu halten.

Ich möchte auf die folgenden zwei Gründe näher eingehen: die Bedeutung Katyns für die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts im Allgemeinen und für die vergleichende Forschung über die totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts im Besonderen sowie für die Konstruktion einer gemeinsamen europäischen Geschichte und Erinnerung.

Manche Historiker lehnen das Konzept des Totalitarismus immer noch ab, entweder ideologisch begründet oder darauf beharrend, dass Geschichte per Definition einmalige und nicht wiederholbare Phänomene untersucht und von daher derartige Konzeptionen nicht benötigt. Sie würden argumentieren, dass die Systeme der Nazis und von Stalin trotz ihrer oberflächlichen Ähnlichkeit essenziell unterschiedlich waren. Diese Wissenschaftler nahmen von der Totalitarismustheorie nur einen negativen Impuls, den sie nur anerkennen, um die historische Einzigartigkeit dieser Systeme aufzuzeigen, ohne wenigstens zu versuchen, den heuristischen Wert dieses Konzepts für die geschichtliche Forschung zu verstehen.

Der britische Historiker Ian Kershaw beispielsweise untermauert seine Meinung zur Einzigartigkeit des Naziregimes wie folgt: »Der Nazismus ist das einzige Beispiel eines totalitären Regimes in einem Land mit einer entwickelten industriellen Wirtschaft und einem demokratischen politischen System. Die totalitären Systeme in der Sowjetunion, China, Nordkorea und Kuba entstanden in armen Ländern mit einer rückständigen Agrarwirtschaft und fehlender Tradition eines politischen Pluralismus.« Diese zutreffen-

de Beobachtung schwächt jedoch das Konzept des Totalitarismus nicht, im Gegenteil, es liefert Gründe dafür, nach Ähnlichkeiten zwischen Nazismus und Stalinismus zu suchen. Es hilft zu verstehen, dass Totalitarismus der Endpunkt verschiedener evolutionärer Verläufe sein kann.

Auf das Konzept des Totalitarismus beim Vergleich der nazifaschistischen und kommunistischen Systeme zu verzichten, könnte Historiker vor ernsthafte Probleme stellen. Es schneidet sie von den traditionsreichen Totalitarismusstudien ab, die auf den Bemühungen einiger Generationen von Beobachtern und Wissenschaftlern beruhen; es schafft eine undurchdringliche Grenze zwischen Geschichte einerseits und Soziologie oder Politikwissenschaft andererseits, wo »Totalitarismus« ein unverzichtbares Instrument zur Analyse der neuen Sozialstrukturen und Herrschaftsformen geworden ist, die im 20. Jahrhundert entstanden sind; und schließlich trivialisiert die bloße Aufzählung der Unterschiede zwischen Nazismus und Stalinismus, ohne jede Theorie und ohne jeglichen speziellen kategorialen Apparat zur Beschreibung und Interpretation totalitärer Systeme, die historische Wissenschaft. …

Der britische Militärhistoriker Richard Overy fügt in seinem Buch *Why the Allies Won* (dt.: *Die Wurzeln des Sieges. Warum die Alliierten den Zweiten Weltkrieg gewannen*) eine sehr nützliche Widerlegung der gemeinhin angenommenen These hinzu, dass ein Sieg der Alliierten unausweichlich war. Die durch den Titel implizierte Frage ist methodologisch sehr bedeutsam. Zwar haben die Alliierten gewonnen, doch hätten sie ebenso gut verlieren können, denn es gibt kein ehernes Gesetz der Geschichte.

Es gibt noch eine allgemein angenommene These: Der Konflikt zwischen Hitlers und Stalins Regime und die Allianz der Sowjets mit den Westmächten waren unausweichlich. Indem sie eine radikale Opposition zwischen Nazismus und Stalinismus postulierten, gaben die Historiker der Geschichte des 20. Jahrhunderts unabsichtlich eine teleologische Ausrichtung, die jegliche Möglichkeit einer alternativen Entwicklung kategorisch ausschloss. Hitlers Entscheidung, 1941 in die Sowjetunion einzufallen, war jedoch keineswegs unausweichlich. Wenn Hitler nicht die militärische Stärke der Sowjets unterschätzt hätte, hätte er womöglich die Konfrontation mit dem rivalisierenden totalitären Regime hinausgezögert. Er hätte sich vielleicht zuerst auf den Kampf gegen den gemeinsamen Feind konzentriert – die westlichen Demokratien; und er hätte vielleicht den Vorschlag der sowjetischen Führung von 1940 akzeptiert, die Sowjetunion in den Dreimächtepakt aufzunehmen, um nicht nur Europa, sondern die ganze Welt untereinander aufzuteilen.

Es ist wichtig, die besondere Bewusstseinslage der sowjetischen Bevölkerung am Vorabend des Angriffs Hitlers auf die Sowjetunion im Juni 1941 zu verstehen. Als Beispiel kann ich von den Erfahrungen meiner Familie berichten. In ihren letzten Lebensjahren begann meine Mutter Familiengeschichten zu erzählen. In einer ging es um den Ausbruch des Krieges. Mein Vater war der Partei in sehr jungen Jahren, vor der Revolution von 1917, beigetreten. Deshalb wurde er als »alter Bolschewik« betrachtet. Er hatte die Säuberungsaktionen überlebt, indem er Professor für Metallurgie am Leningrader Polytechnikum wurde. Laut meiner Mutter erzählte er ihr am 22. Juni 1941, dass er, nachdem er sein ganzes Leben lang Atheist gewesen sei, nun bereit sei, an Gott und an Wunder zu glauben. Der Stalin-Hitler-Pakt hatte so vorteilhaft für beide Partner gewirkt, dass mein Vater und viele andere dachten, die Welt würde aufgeteilt und für immer von Hitlers und Stalins Regime dominiert werden.

Eine andere Erinnerung stammt von zwei Germanisten der Universität Leningrad, Tamara Silman und Wladimir Admoni, die 1993 gemeinsam die Denkschrift *Wir erinnern uns* veröffentlichten. Admoni erzählt darin, wie er am frühen Morgen des 22. Juni mit dem Zug aus dem Süden nach Moskau zurückkehrte:

»(Jemand aus dem Zug) erzählte den Menschen im Korridor, dass ›der Krieg begonnen hatte‹. Er hatte dies zufällig am Bahnhof aufgeschnappt … Die Passagiere in unserem Waggon teilten sich sofort in zwei Lager: die Gläubigen und die Zweifler. Und als schließlich alle eingesehen hatten, dass der Krieg tatsächlich begonnen hatte (vielleicht hatte jemand im nächsten Waggon die Nachricht bestätigt), brach ein neuer Streit aus: Krieg gegen wen? Die Mehrheit entschied, dass wir gegen England kämpften, oder genauer, dass England uns plötzlich angegriffen hatte und wir nun eng mit Hitler verbündet waren.

Sie hatten gute Gründe, dies anzunehmen, angesichts der eindeutigen Sympathien der sowjetischen Zeitungen für Deutschland und seinen Krieg gegen die ›Imperialisten‹ und unserer engen und freundschaftlichen Verbindungen mit Nazideutschland. Die Wenigen, die dachten, wir würden gegen Hitler kämpfen, ernteten misstrauische und sogar drohende Blicke von den übrigen Passagieren.«

In der Folgezeit wurden solche Erinnerungen weitgehend im Bewusstsein der Massen gelöscht oder unterdrückt. Von daher erklärt sich der Erfolg der stalinistischen Propaganda, der Molotow-Ribbentrop-Pakt sei ein strategischer Zug Stalins gewesen, den unvermeidbaren Krieg hinauszuzögern und Zeit zu gewinnen, um das Land darauf vorbereiten zu können. Die Leute wagten nicht sich einzugestehen, dass sie zuvor noch an einen Krieg gegen Großbritannien *gemeinsam* mit Nazideutschland gedacht hatten. Es besteht jedoch kein Zweifel daran, dass sowohl die sowjetische Führung als auch die sowjetische Bevölkerung 1941 bereit gewesen waren, an der Seite von Nazideutschland den »britischen Imperialismus« zu bekämpfen.

Katyn führt in die dunklen Tage des 20. Jahrhunderts, als das Überleben der Demokratie weltweit gefährdet war. Aus dieser Sicht ist das Massaker von Katyn einer der Kristallisationspunkte der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Eine gemeinsame Geschichte Europas muss noch geschrieben werden. Die Erinnerung an Katyn kann helfen, aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts eine wichtige Lehre zu ziehen. Sie trägt zu einer Entwicklung von Standards für eine neue Kultur politischer Koexistenz

und für eine Außenpolitik bei, die die Verteidigung der Menschenrechte nicht mehr als Aufgabe der Innenpolitik betrachtet und die Verantwortung nicht mehr einzelnen Regierungen überlässt. …

Wenn ich gefragt würde, warum wir uns heute, 70 Jahre nach dem Massaker von Katyn, immer noch daran erinnern und die Geschichte wieder erzählen müssen, würde ich mit Adornos Worten antworten: »Wenn eine Wiederholung dieses Grauens verhindert werden soll, wird es von größerem Nutzen sein, die wirkenden Mechanismen zu verstehen als stillzuschweigen oder in ohnmächtiger Empörung zu erstarren.« (Theodor W. Adorno an Max Horkheimer, 1965)

(*Übersetzung: Ute Szczepanski*)

Dunja Melcic:
Professor Sauerland, in Ihrem auf Deutsch erschienenem Buch *Polen und Juden – Jedwabne und die Folgen* widmen Sie sich einem wenig bekannten, gleichsam neu entdeckten Phänomen aus der Geschichte des besetzten Polen. Die beiden totalitären Großmächte haben Polen übel mitgespielt. Die deutschen Besatzer verwandelten das Land in eine wahre Hölle auf Erden und nutzten ihre verbrecherische Übermacht zum Betreiben von Vernichtungslagern für die industriell organisierte Tötung von Millionen Juden aus ganz Europa. Polen gilt als Opfer schlechthin. Es ist das Land der Shoah, beides bleibt gültig. Im Jahr 2000 jedoch erschien das mittlerweile weit über die polnischen Grenzen hinaus bekannte Buch von Jan Thomas Gross über das Pogrom, das Polen an ihren jüdischen Nachbarn im Städtchen Jedwabne nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in das sowjetisch besetzte Ostpolen im Sommer 1941 verübten. Danach entbrannte eine heftige Debatte in der polnischen Öffentlichkeit. In Ihrem Buch zeichnen Sie diese Debatte nach, ebenso den historischen Kontext des Geschehens, der wahrlich nicht unkompliziert ist und mit der Teilung Polens zusammenhängt. Können Sie uns die wesentlichen Züge dieser Debatte schildern, vielleicht ein Wort zu den Streitpunkten und zum Hintergrund sagen?

Karol Sauerland:
Das Massaker von Jedwabne ereignet sich Anfang Juli 1941, gute 14 Tage nach dem Einmarsch der deutschen Truppen gen Osten. Jedwabne lag 23 Kilometer von der deutschen Okkupationsgrenze entfernt und war sowjetisch besetzt. Eine Hauptfrage ist, inwieweit dieses Massaker von Polen an Juden vollbracht wurde; ich nenne es die erste Mini-Endlösung, die dort stattgefunden hat und es gilt zu diskutieren, wie sich die sowjetische Herrschaft in Ostpolen – ähnlich auch in Litauen und Ukraine, den heutigen neuen Republiken – auf die Stimmung der Bevölkerung ausgewirkt hat. In Jedwabne werden die Leute im Rahmen der vierten Deportation am 19. Juni 1941 deportiert. Es gibt vier große Deportationen zwischen 1939 und 1941 in Ostpolen, die vierte hat begonnen, ist aber nicht mehr zu Ende geführt worden, weil der deutsche Einmarsch stattgefunden hat. Ich war erstaunt, wie gründlich die Sowjets vom ersten Tag ihrer Besatzungszeit an, also vom September/Oktober 1939 alles kollektiviert hatten, also in großer Eile eine Sowjet-Herrschaft aufgebaut hatten. Eine solche Okkupationsmacht kann man sich eigentlich nur so ähnlich vorstellen wie die der Nazis im Generalgouvernement.

In dieser Jedwabne-Debatte kam der Stalin-Hitler-Pakt sofort hoch. Selbstverständlich ist das keine Entschuldigung für dieses Massaker, aber die Stimmung war enorm aufgeheizt. 1939 wurde Polen geteilt, aber niemand weiß so recht, wie. Zum Beispiel in Warschau denkt man (das war ja bis 1918 russisch): Also werden bald die Sowjets kommen. Es gab eine völlige Unsicherheit in der polnischen Bevölkerung, wie die Teilung aussehen würde, es fand dann ein Austausch statt. Diejenigen, die im Generalgouvernement angemeldet waren, aber durch militärische Aktionen in

Linke Seite: Stalinkult 1938: Wassilij Swarogs Gemälde »Stalin hält den Vortrag über den Grundgesetzentwurf auf der achten außerordentlichen Tagung der Sowjetunion«, aus: »Glaube, Hoffnung, Anpassung. Sowjetische Bilder 1928–1945, Folkwangmuseum Essen 1996. – Rechte Seite: Zwangskollektivierung (1929) und Produktionsmobilisierung in den Stahlwerken von Magnitogorsk (1931); aus »Soviet Photography. An Age of Realism«, VEB Fotokinoverlag Leipzig 1980.

den Osten gekommen sind, sollten wieder zurückkommen, und umgekehrt sollten auch die in Ostpolen Gemeldeten heimkehren, in die Ukraine oder anderswo. Ich habe nun in meinem Buch eine Szene zitiert, in der Juden unbedingt zurückwollen in den Westen, also ins Generalgouvernement, wo deutsche Offiziere sagen, ihr seid doch verrückt, aber Juden bereit sind zu rufen »Es lebe Hitler«, nur damit sie herauskommen aus diesem Sowjetsystem. Also durch diesen Stalin-Hitler-Pakt war eine Irritation entstanden, man wusste gar nicht mehr, was gespielt wird, natürlich kamen auch alle möglichen unverständlichen Verbrechen zustande. Wir haben demnächst das Jahr 2009, und ich bin neugierig, ob die Kriegsursachen endlich einmal geklärt werden, ob gesagt wird, dass der Zweite Weltkrieg ohne Stalin-Hitler-Pakt zumindest 1939 nicht begonnen hätte. Doch ich glaube, das wird im Hintergrund bleiben. Hitler hätte den Angriff auf Polen aufgege-

Karoline Linnert

Folgen der Verleugnung

Mein Dank gilt der Arbeit der Jury des Vereins, die sich nicht scheut, in der Tradition von Hannah Arendt manchmal auch umstrittene Entscheidungen zu treffen und damit die politische Diskussion anzuregen.

Ich gratuliere dem diesjährigen Preisträger, Prof. Victor Zaslavsky, ganz herzlich und will mich für Ihr präzises, knappes und sehr beeindruckendes Buch zur Geschichte einer manipulierten Geschichtsschreibung bedanken.

Sie haben mit dieser Abhandlung über das Massaker von Katyn ein Buch über die lang andauernden Folgen der Verleugnung von beschämenden Fakten, einer Weigerung der selbstkritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte, verfasst.

Das Buch von Prof. Zaslavsky ist ein Lehrstück über die schlimmen Folgen einer aufrechterhaltenen geschichtlichen Lüge, über den Versuch, Dokumente im Zusammenhang der Ermordung 1940 von über 25 000 polnischen Gefangenen – Soldaten, Offizieren, Reservisten, Intellektuellen, Polizisten – durch die sowjetischen Besetzer von Ostpolen zu unterdrücken und unter Verschluss zu halten. Und vor allem über die immer noch nachwirkenden Folgen auf das Verhältnis von Polen zur Sowjetunion und das Verhältnis Polens zu Europa.

Foto: Katherine Martin

Polen wurde mehrfach von der Weltöffentlichkeit verraten:

— Zuerst 1939 durch den Nicht-Angriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion, dem Ribbentrop-Molotow-Pakt, der Aufteilung Polens unter den beiden Ländern.

— Der kurz auf den Einmarsch Deutschlands in Polen folgenden Besetzung Polens durch die Sowjetunion und die Erschießung von mehr als 25 000 Kriegsgefangenen und anderen Häftlingen polnischer Staatsangehörigkeit im Frühjahr 1940.

— Im Sommer 1941 überfiel Nazideutschland die Sowjetunion und marschierte in den ursprünglich im Hitler-Stalin-Pakt der Sowjetunion zugeteilten Ostteil Polens ein. Das erste Mal wurden die Massengräber von Katyn nun 1943 ausgerechnet von den Deutschen entdeckt, die einen barbarischen Vernichtungskrieg in Europa führten.

— Diese Enthüllung seitens Nazideutschland, das sich mit Amerika, England, Frankreich und ab 1941 auch mit der Sowjetunion im Krieg befand, war für die Sowjetunion relativ leicht als Propaganda zu »entlarven«. Die westlichen Alliierten hatten wenig Interesse daran, dem wahren Sachverhalt auf den Grund zu gehen.

Die Behauptung der Sowjetunion, das Massaker sei von der Wehrmacht verübt worden, wurde immer wieder neu bekräftigt und benutzt. Dabei gab es von Seiten der westlichen Alliierten eine Duldung dieser Behauptung, ein Wegsehen von den vorliegenden Untersuchungen und Berichten:

— Churchill und Roosevelt wollten die Allianz im Krieg gegen Nazideutschland mit der Sowjetunion nicht gefährden.

— Bei den Nürnberger Prozessen kam diese Tat aus dem inneren Widerspruch des Gerichts nicht zur Anklage.

— Die Untersuchungen des US-Kongress-Ausschusses Anfang der Fünfzigerjahre wurden als Propaganda des Kalten Krieges abgetan.

— Gorbatschow entschuldigte sich 1990 als erstes sowjetisches Staatsoberhaupt offiziell beim polnischen Volk, konnte sich aber auch nicht dazu entschließen, die Archive zu öffnen und die Dokumente zugänglich zu machen.

— Erst Jelzin überstellte entscheidende historische Dokumente 1992 an den damaligen Präsidenten der Republik Polen Lech Walesa.

— Unter Putin scheint die Bereitschaft Russlands, sich mit unrühmlichen Kapi-

ben, wenn er nicht die Ostgrenze gesichert gehabt hätte. Das ist, glaube ich, der wichtigste Punkt.

Dunja Melcic:
Der Peristroika- und der Glasnost-Politik folgten relativ spärliche Versuche, dem totalitären Erbe auf den Grund zu gehen. Professor Zaslavsky äußerte sich denn auch kritisch zu Gorbatschow, insbesondere zu seiner Weigerung, die Existenz der Originaldokumente zum Stalin-Hitler-Pakt und zur Erschießung der polnischen Offiziere zuzugeben. Das steht für einen in Russland immer noch problematischen Umgang mit der Vergangenheit. Welche politischen Gründe hatte die Führung für solch hartnäckiges Vertuschen, und sehen Sie, Frau Professor Schattenberg, vielleicht strukturgeschichtliche Gründe dafür, dass insgesamt der Stellenwert einer kritischen Auseinandersetzung mit der dunklen Zeit und der dunklen Vergangenheit in Russland auch heute noch so tief gehängt wird?

Susanne Schattenberg:
Die politischen Gründe sind darin zu sehen, dass eigentlich die Sowjetunion und auch der ganze Ostblock auf dem Zweiten Weltkrieg beziehungsweise auf dem Mythos vom großen vaterländischen Krieg gegründet war. Hier würde ich Ihnen, Herr Zaslavsky, widersprechen, weil Sie sagen, Gorbatschow gefährdete seine Herrschaft, indem er die Existenz der Protokolle so lange hinauszögerte und das Wissen von Katyn so lange verschwieg oder unterdrückte. Es ist genau andersherum, dass wahrscheinlich Gorbatschow sehr gut bewusst war, dass es gefährlich für ihn war, wenn er zugab, dass der Zweite Weltkrieg und die Annexion Polens und auch die der baltischen Länder eben kein freundschaftlicher, beschützender Akt durch die Sowjetunion war, sondern eine Annexion, die vorher mit Deutschland vereinbart worden war, und dass zwischen den Zeilen stand, dass mit Bürgern, die sich gegen diese Annexion wehren, scharf umgegangen würde, nämlich im Sinne der Vernichtung, dass also jegliche Propaganda unterdrückt wurde.

Ich denke, Gorbatschow war klar, dass dieses Eingeständnis die Grundlagen der Sowjetunion sprengen würde. Der Zweite Weltkrieg oder der große vaterländische Krieg, wie er heute noch genannt wird, ist meiner Meinung nach eben ein doppelter Gründungsmythos für die Sowjetunion. Inzwischen konnte er als Identifikationspunkt viel besser dienen als eine Revolution, die lange

teln der eigenen Geschichte auseinanderzusetzen, wieder zurückgenommen zu werden.

Das Massaker von Katyn war ein lange durch Propaganda, Opportunitätsgedanken, Zynismus und dreiste Desinformation unterdrücktes Grauen des Zweiten Weltkrieges und des Stalinismus.

Das weitere Aufrechterhalten dieser geschichtlichen Manipulation hing stets als Damoklesschwert über allen, die sich im Laufe der Jahrzehnte daran beteiligt hatten, beschädigte auch deren politische und moralische Glaubwürdigkeit.

Es gibt immer wieder solche Fälle der hartnäckigen Verleugnung der eigenen historischen Vergangenheit. Die Ermordung der Armenier in der Türkei galt viele Jahrzehnte als Propagandabehauptung, die gegen den türkischen Staat gerichtet ist. Im *Weser-Kurier* vom 3.12. konnte man lesen, dass gegen Prof. Roland Mönch von der türkischen Staatsanwaltschaft wegen Beleidigung ermittelt wird, da er bei einem Vortrag den 1937 erfolgten Mord an Zehntausenden Armeniern unter dem damaligen Präsidenten Atatürk als partiellen Völkermord bezeichnet hatte. In der Türkei herrscht also in dieser Frage immer noch ein Schwarz-Weiß-Denken.

Auch für Russland ist es offensichtlich bis heute schwer, sich dem mörderischen Teil der eigenen Geschichte zu stellen. Zu sehr überwiegt die Idealisierung der Leistungen im »großen vaterländischen Krieg«, so, als geriete eine mühsam aufgebaute Identität ins Wanken, wenn Fehler der Vergangenheit eingeräumt würden. Man soll sich nicht täuschen: Da geht es zuallererst um die Gegenwart und das Absichern von Macht. So könnte ja Kritik an den Führern von gestern auch die heutigen weniger sakrosankt erscheinen lassen.

Deutschland hatte nach dem Zweiten Weltkrieg ebenfalls einen anfangs zähen und nicht leichten Weg der Auseinandersetzung mit seiner eigenen Geschichte. Insgesamt ist eine selbstkritische Auseinandersetzung mit den verübten Verbrechen gegen die Menschlichkeit aber tief im Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland verankert.

Diese Geschichte über Katyn fordert uns alle auf, den Mut aufzubringen, selber zu denken und niemals den Maßstab moralischer Kategorien für einen Zweck – aus falsch verstandenem Pragmatismus, für ein größeres oder höheres Ziel – beiseitezuschieben.

So wie es den Verdrängern schadet, immer größere, totalitärere Anstrengungen zu unternehmen, um Wahrheit nicht ans Licht kommen zu lassen, schaden Angst, Misstrauen, Sich-nicht-dem-Leben-Stellen den Menschen und den Staaten.

Opportunitätsdenken in Menschenrechtsfragen wie damals, mit der Rücksicht auf die Alliierten, können wir auch bei uns in Deutschland finden. Zum Beispiel gegenüber China wegen Wirtschaftskontakte, gegenüber Russland wegen Erdgas oder gegenüber den arabischen Staaten wegen Erdöl und Angst vor terroristischen Anschlägen.

Jeder muss bei sich selber schauen und Rechenschaft ablegen.

Sehr geehrter Herr Prof. Zaslavsky, Sie sind ein Vorbild auch an Zivilcourage und weil Sie zeigen, dass sich die Wahrheit nicht unterdrücken lässt.

Foto: Katherine Martin

➜ *Karoline Linnert ist Bürgermeisterin der Freien Hansestadt Bremen.*

zurücklag, an die sich kaum jemand mehr erinnerte. Den großen vaterländischen Krieg hingegen hatte fast jeder erlebt, jeder hatte Verluste in der eigenen Familie, das konnte wirksam ausgeschlachtet werden als ein gemeinschaftsstiftendes Ereignis. Für die Sowjetunion nach innen war das sehr entscheidend, Breschnew fängt seit 1965 gezielt an, diesen Weltkriegskult aufzubauen, Heldenstädte auszurufen, sich selbst zum Marschall zu ernennen, um seine eigene Legitimation vom Zweiten Weltkrieg abzuleiten. Das ist erst einmal für die russisch-sowjetische Bevölkerung ganz entscheidend, aber gerade auch, um den Staatenverbund, vor allem die baltischen Länder, zu legitimieren und zusammenzuhalten, um beteuern zu können, dass tatsächlich der Freundschafts- und Beistands-Pakt, der im September 1939 zwischen den baltischen Ländern und der Sowjetunion geschlossen wurde, ein freiwilliger Akt war, und dass die baltischen Länder sich damals der Sowjetunion anvertraut hätten. Das ist tatsächlich eine höchst spannende Geschichte, Ribbentrop und die estnischen Delegierten trafen sich noch im Vorzimmer von Stalin, Ribbentrop notierte damals noch in seinem Tagebuch: Warum sind die estnischen Delegierten nur so blass? Das erklärt sich natürlich daraus, weil ihnen gerade unter Androhung von Waffengewalt aufgezwungen wurde, diesen Freundschaftspakt mit der Sowjetunion zu unterschreiben. Das schildern die estnischen Delegierten selbst in ihren Memoiren, dass ihnen klar war, wenn sie nicht unterschreiben, würden sie einfach militärisch überrannt werden, also haben sie gute Miene zum bösen Spiel gemacht und unterschrieben. Das Gleiche gilt in einem anderen Kontext für Polen als Land des Ostblocks, weshalb das auch hier auf keinen Fall an die Öffentlichkeit geraten durfte, dass es eben nicht um Freundschaft zwischen den Völkern ging, wie das später als Grundlage des Warschauer Paktes vorgegeben wurde, sondern dass dies eindeutig etwas war, was zwischen zwei Diktatoren ausgehandelt worden war.

Von daher denke ich, macht es in der Logik des Systems Sinn, dass Gorbatschow sich so lange weigerte, den Stalin-Hitler-Pakt zuzugeben – das passiert dann am 24. Dezember 1989 – und erst ein Jahr später Katyn zuzugeben. Die Frage des Zusammenbruchs der Sowjetunion wird in klassischer Weise ganz grob so begründet: zum einen, weil sie wirtschaftlich am Ende war, die Menschen inzwischen konsumieren wollten und mit den Lebensumständen unzufrieden waren, aber zum anderen mit der Nationalitätenpolitik, dass die Sowjetunion einfach mit ihren Republiken auseinandergeflogen ist, und tatsächlich wird 1988, also ein Jahr, bevor

Gorbatschow es zugibt, in den baltischen Staaten bereits der Stalin-Hitler-Pakt veröffentlicht, was dazu führt, dass 1989, am 50. Jahrestag, 1,25 Millionen Menschen im Baltikum eine Menschenkette über Tallin, Riga und Vilnius bilden, um gegen die Annexion durch die Sowjetunion zu protestieren. Es folgt dann Schlag auf Schlag die Lossagung von der KPdSU, die wirtschaftliche Unabhängigkeitserklärung, und dann bereits im März 1990 die vollkommene Unabhängigkeitserklärung von der Sowjetunion. Ähnliches passiert auch im Kaukasus, in Georgien, in Tiflis gehen die Leute auf die Straße und protestieren gegen die Annexion durch die Sowjetunion im Jahr 1921. Also ich denke, da war Sprengstoff, und das war Gorbatschow klar.

Dunja Melcic:
Herr Grosser, ich habe mir ein grossersches Modell des Dialogs zwischen Verbrechen und Erinnerung vorgestellt, weil Sie es schaffen, in Ihren vielen öffentlichen Auftritten, aber auch in Ihren vielen Büchern, sich zugleich für die Wahrheit und für die Versöhnung einzusetzen. Kann man diese Art und Weise, wie Sie mit Verbrechen und Erinnern umgehen, auch auf den gesamten ost-westeuropäischen Dialog und die Gesamtgeschichte in Europa übertragen?

Alfred Grosser:
Ich bin völlig einverstanden mit meinen beiden Vorrednern, möchte aber die Deutschen auffordern, über ihr Schicksal nachzudenken: Wenn nicht Churchill und Roosevelt in Casablanca die bedingungslose Kapitulation beschlossen hätten, gäbe es keine westdeutsche Demokratie. Das ist wichtig, denn 1919 konnte man als unbesiegte Armee heimkehren, von hinten erdolcht, und diese Legende hat Weimar totgemacht, und diese Legende hat es erlaubt zu sagen, es war keine richtige Niederlage, deswegen hat sich Deutschland gewissermaßen nicht erneuert. So furchtbar das auch klingen mag, das habe ich neulich im Bundestag gesagt, die totale Niederlage hat erlaubt, dass es nach dem Krieg keine starke rechtsextreme Bewegung gegeben hat. In diesem Sinn ist in der Weimarer Zeit auch die Erinnerung gehandhabt worden. Was Sie von Polen sagen, trifft natürlich auch auf Litauen zu. Eben habe ich in Vilnius gesprochen, da sprach ich von der Mitbeteiligung von Litauern an der Ermordung der Juden. Ich habe das später Bartoszewski erzählt, er sagte, vielen Dank, als Pole hätte ich das in Vilnius nicht sagen können. Die Beteiligung von Litauern – nicht *den* Litauern – war wirklich sehr stark und ist ein besonderes Problem.

Aber nun die Antwort auf Victor Zaslavsky. In meinem Buch *Verbrechen und Erinnerung* unter dem furchtbaren Titel *Ermordung der Menschheit*, beschreibe ich eine Grabfindung bei Minsk. Man findet allein in Minsk und Umgebung fünf Orte, die zu Stalins Zeiten zur Vernichtung von Männern und Frauen dienten. 1987 und 1988 hat man das systematisch untersucht, und man kommt auf über 120 000 Menschen, die dort einfach erschossen wurden. Die Opfer gehörten keiner bestimmten sozialen Kategorie an. Da liegt unsere Differenz. In diesem Sinn war Katyn kein Klassenmord, sondern eine Vorstufe, man entfernt eine Elite, damit das polnische Volk sich nicht wehren konnte, und sofort davor und danach gibt es Massendeportationen in Polen, wonach überhaupt nicht gefragt wird, und in die Sowjetunion verschickt man zwei Millionen Menschen, die soziologisch völlig verschieden waren. Es war in diesem Sinne eine Herrschaft, die brechen wollte, die Völker verfolgte, und die in diesem Sinne nicht auf Klassen erpicht war, sondern die auf die absolute Herrschaft eines nicht wahnsinnigen, aber zynischen Diktators aus war.

Damit komme ich zu dem Vergleich zwischen den totalitären Regimes. Ich bin nur sehr beschränkt einverstanden mit den verschiedenen Kategorien unter verschiedenen Punkten. Zuerst einmal darf man nie vergessen zu vergleichen. Auch in meinem Buch wage ich einen langen Vergleich zwischen den beiden Regimes und sage, man muss immer vergleichen. Es gibt zwei Wörter auf Deutsch, Französisch oder Chinesisch, die dumm sind: erstens »undenkbar« – wenn ich von etwas sage, es ist undenkbar, dann habe ich das gerade gedacht; und »unvergleichlich« können Sie auch nicht sagen, denn wenn Sie das sagen, haben Sie gerade verglichen, aber Sie haben gesagt, diesen Vergleich lasse ich nicht zu. Das ist eine andere Frage. In diesem Sinn muss immer verglichen werden. Aber wenn man zum Beispiel die Sowjetunion und Nazi-Deutschland vergleicht, muss man sehen, wie viel Millionen Menschen in der Welt und in der Sowjetunion betrogen worden sind, während die Nazi-Bürger nicht betrogen worden sind. Hitler berief sich auf die Rasse. Tausende von Menschen sind gestorben, weil sie glaubten, sie kämpften für eine gerechte Sache, für Frieden, Gleichheit und die Menschen. …

Preisträger seit 1995

1995: Agnes Heller, ungarische Philosophin; lebt in USA und Ungarn

1996: François Furet, französischer Historiker; lebte in Paris

1997: Freimut Duve, Publizist, Herausgeber und Politiker; lebt in Hamburg *und*
Joachim Gauck, Vikar und Pastor der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburg; lebt in Berlin

1998: Antje Vollmer, Publizistin und Politikerin; lebt in Berlin *und*
Claude Lefort, Publizist und Professor für politische Philosophie, lebt in Paris

1999: Massimo Cacciari, italienischer Philosoph und Politiker; lebt in Mailand

2000: Jelena Bonner, Studium der Literatur und Medizin; lebt in den USA

2001: Ernst Vollrath, Professor für Politische Philosophie; lebte in Köln *und*
Daniel Cohn-Bendit, Publizist und Politiker; lebt in Frankfurt am Main

2002: Gianni Vattimo, italienischer Philosoph und Politiker; lebt in Turin

2003: Michael Ignatieff, Publizist, Schriftsteller, Professor für Menschenrechtspraxis; lebt in Boston

2004: Ernst Wolfgang Böckenförde, Rechtsphilosoph; lebt im Breisgau

2005: Vaira Vike-Freiberga, Psychologin und von 1999–2007 lettische Staatspräsidentin

2006: Julia Kristeva, Literaturtheoretikerin, Psychoanalytikerin, Schriftstellerin und Philosophin, lebt in Paris

2007: Tony Judt, britischer Historiker und Autor, lebt in New York

2008: Victor Zaslavsky, Ingenieur und Soziologe, lehrt Politische Soziologie in Rom

Der Sieg im »großen vaterländischen Krieg« stärkte glorreich die Position Stalins. Eine Verdrängung der schwarzen Flecken der eigenen Geschichte fand statt. – Foto: Max Alpert, aus: »Von Moskau nach Berlin«, a. a. S. XI.

… Das Bild des perfekten Kommunisten war jemand, der sich für die anderen aufopfert, sonst könnten sie nicht erklären, wieso zum Beispiel nach dem Stalin-Hitler-Pakt ein guter Teil der Kommunisten tief erschreckt war; einige haben gehorcht, einige haben nicht gehorcht, und alle waren 1941 erleichtert, dass sie nun wirklich kämpfen konnten gegen das Nazi-Regime. Das bringt mich noch mit ein paar Worten zu Deutschland und zur Versöhnung. Als am 8. Januar 1988 Francois Mitterand Honecker empfing, sagte er zu ihm etwas Interessantes: »Wir ehren Sie, weil Sie zusammen mit uns für Freiheit gekämpft haben (da mache ich gleich einen Kommentar dazu), heute haben wir die Freiheit im Westen behalten, Sie haben sie nicht mehr; wie könnte ein Europa vereint werden, wenn nicht im Zeichen der Freiheit«. Das war zu der Zeit, da viele deutsche Sozialdemokraten, viele deutsche Protestanten das Wort »Freiheit« gestrichen hatten, die Ökumene hatten sie sowieso gestrichen, es ging nur um den Schutz der Schöpfung, soziale Gerechtigkeit und Frieden. Das Wort Freiheit war verschwunden. Die schwierigste Rede, die ich in meinem Leben gehalten habe, war in Weimar in der Herder-Kirche 1990/91, im Rahmen einer Tagung über Buchenwald, ich brachte es nicht fertig, den Kommunisten, die aus dem Lager kamen, zu erklären, dass nach 1945 30 000 Menschen dort gestorben sind, weil sie als Faschisten eingesperrt worden waren, aber ich konnte denen auch nicht erklären, was der kommunistische Widerstand gewesen war. Man muss hier vorsichtig sein im Vergleich, denn man muss ja nicht Millionen von Menschen einbeziehen, die sich von den Ideologien der beiden Totalitarismen haben fangen lassen, und diese Ideologien waren nicht dieselben. Ich glaube, das muss hier unterstrichen werden, sonst verstehen Sie auch nicht, wie heute noch einige in der heutigen Links-Partei, der ehemaligen SED, noch an vieles glauben, unter anderem weil sie auch nicht wissen, wer Stalin wirklich gewesen ist.

Karol Sauerland:
Die vier Deportationen sind untersucht worden, wer ist aus Ostpolen deportiert worden? Die Leute wurden nach Listen deportiert und nicht x-beliebig. Dabei stellt es sich heraus, dass diese Listen sozusagen eine Art Klassenstandpunkt hatten. Das heißt also, Klassenstandpunkt nicht im Sinne der Klassensoziologie, sondern in dem Sinne: Passen diese Menschen in unsere Kollektivierungsphase hinein oder passen sie nicht hinein? Das Zweite ist die Denunziation, da will ich auch noch auf ein Buch verweisen: 2000 habe ich ein Buch über Denunziation geschrieben. Interessant ist, wie denunziert wird in dieser Zeit, nämlich vom Klassenstandpunkt aus. Das wird benutzt, ob das dann wirklich im Einzelnen der Fall ist, das ist nicht so wichtig, aber die Sprache ist dieselbe Sprache, die Stalin und Molotow 1939 sprechen. Vom Klassenstandpunkt aus haben wir den Pakt mit Hitler geschlossen. Wenn man diese sowjetischen Dokumente aus der Zeit 1939/40 liest, wird der Klassenstandpunkt dargestellt. Insofern ist es ganz wichtig, diesen Begriff zu verwenden, man darf ihn nicht im rein westlichen Verständnis oder im marxschen Verständnis von Klasse verstehen. Das ist ein bisschen etwas anderes. Zum Beispiel werden bei der dritten und vierten Deportation die *Jepwapne*, das sind die Juden, die keine Unterkunft und feste Stelle finden können, eine Art Luftmenschen, deportiert. Der sowjetische Staat weiß nicht, was er mit diesen Juden anfangen soll. Sie werden alle deportiert. Die dritte und vierte Deportation ist eine rein antijüdische Deportation. Diese Juden waren klassenmäßig nicht erfasst. Es waren zum großen Teil Flüchtlinge, die wussten, dass die Deutschen das Vernichtungsprogramm ankurbelten und dachten, dass sie in der Sowjetunion sozusagen anerkannt werden. Die meisten sind nach Kasachstan deportiert worden. …

Susanne Schattenberg:
Zum Begriff des Klassenmordes, den ich zumindest missverständlich oder nicht ganz trennscharf finde, denn das impliziert die Vorstellung, in eine Klasse wird man nicht geboren, sondern

Ralf Fücks

Gemeinsame Geschichte – gespaltene Erinnerung

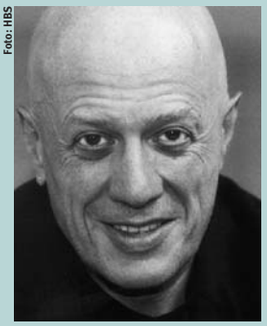


Foto: HBS

Die Geschichte des letzten Jahrhunderts – die beiden großen Kriege und eine Vielzahl regionaler und nationaler Konflikte, die Barbarei des Nationalsozialismus und die Menschenfresserei des Stalinismus, die Vertreibung von Abermillionen Menschen und die gewaltsame Verschiebung von Grenzen – hat tiefe Wunden bei den europäischen Völkern geschlagen.

Im Westen hat die EU viel dazu beigetragen, dass die historischen Gräben weitgehend überbrückt werden konnten. In Mittel-Osteuropa sind die alten Wunden noch kaum vernarbt und können jederzeit wieder aufbrechen. Es gibt kein gesamteuropäisches Narrativ für die traumatischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, sondern eine Vielzahl nationaler Geschichten, die politisch hoch aufgeladen sind.

Als im Jahr 2005 überall in Europa des Endes des 2. Weltkriegs gedacht wurde, war diese gespaltene Erinnerung bereits überdeutlich. Die russische Menschenrechtsorganisation »Memorial«, ein langjähriger Partner der Heinrich-Böll-Stiftung, spricht gar von einem »Krieg der Erinnerungen«, in dem es um nationale Identität und politische Legitimation geht.

In einem Aufruf vom März dieses Jahres schlägt Memorial die Einrichtung eines europäischen Geschichtsforums vor, um die nationalen Erinnerungen in ihren wechselseitigen, europäischen Kontext zu stellen, damit sie zu einem Medium der Verständigung statt der Spaltung werden können.

Wie brisant dieses geschichtspolitische Terrain immer noch ist, wurde nicht zuletzt durch die politischen Turbulenzen um die Umsetzung des sowjetischen Kriegerdenkmals aus dem Stadtzentrum der estnischen Hauptstadt Tallinn in einen Friedhof deutlich.

Die Rote Armee hatte Estland 1944 von den Deutschen zurückerobert – nachdem sie die baltischen Staaten 1940 im Windschatten des Hitler-Stalin-Pakts besetzt hatte, bevor sie ein knappes Jahr später mit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion vorübergehend von dort vertrieben wurde.

In diesem Konflikt wurde wie in einem Brennglas die politische Brisanz sichtbar, die im Kampf um historische Deutungen liegt. Für die eine Partei verkörperte der Rotarmist auf seinem Podest in Tallinn den »Sieg über den Faschismus«. Für die Gegenpartei war er das Symbol einer jahrzehntelangen Fremdherrschaft, die mit dem Tod von Hunderttausenden Balten in den Gefängnissen und Straflagern der Sowjetunion verbunden war.

Ähnlich wie in Katyn ging es auch hier um die Dezimierung der alten sozialen und politischen Eliten, die als potenzielle Träger eines nationalen Widerstands betrachtet wurden und der »Sowjetisierung« der besetzten Länder im Wege standen. Allein im ersten Jahr des roten Terrors vom August 1940 bis zum Juli 1941 verlor Estland etwa sechs Prozent seiner Bevölkerung infolge sowjetischer Repressionen.

Der Geschichtsstreit um die Rolle der Roten Armee und die Expansion der politisch-militärischen Macht der Sowjetunion ist auch deshalb so schwer aufzulösen, weil beide Lesarten ihre Berechtigung haben – die heroische Geschichte des Sieges über den Nationalsozialismus ist zugleich die Geschichte der Besetzung, Fremdbestimmung und Unterdrückung durch die Sowjetunion. Erst beide Narrative gemeinsam kommen der ganzen historischen Wahrheit näher – auch wenn es natürlich keine Instanz gibt, die über die »objektive geschichtliche Wahrheit« entscheiden könnte.

Wie virulent der Krieg der Erinnerungen noch immer ist, zeigten auch die russischen Reaktionen auf die Verlegung des Denkmals in Tallinn: Das Oberhaus der Duma verlangte den Abbruch der diplomatischen Beziehungen, in Tallinn kam es zu Straßenschlachten mit radikalisierten Teilen der russischen Minder-

zu ihr gehört man sozial und man kommt auch wieder raus, und diejenigen, die sich nicht in der Klasse befinden, die haben auch eine Chance oder sind sicher vor dem Terror. Und beides ist nicht der Fall. Da denke ich, dass die Geschichtswissenschaft wesentlich weiter ist. Lange bestand die Vorstellung, auch in der Sowjetunion selbst ginge es nach dem Kirow-Mord und während des großen Terrors 1937/38 nur um eine Klassensäuberung, es seien allein die Eliten ausgetauscht, ermordet worden, die Parteifunktionäre, die Wirtschaftsingenieure, die Wirtschaftsfunktionäre, die Professoren und Intellektuellen. Doch weiß man inzwischen, spätestens seit Ende der Neunzigerjahre, dass das eben überhaupt nicht der Fall war, sondern dass große Teile der Bevölkerung betroffen waren, und dass das sehr systematisch vollzogen worden war.

Stalin hat Anfang 1937 in alle Provinzen Leute entsandt, die Bestandsaufnahmen machen sollten; es gab extra eine große Volkszählung, die Ergebnisse waren erschreckend, weil unter anderem etwa 50 Prozent der Befragten sich immer noch als orthodox-gläubig bezeichneten. Das war in den Augen Stalins ein furchtbares Resultat. Die Folge war dann der inzwischen gut bekannte NKWD-Befehl vom 30. Juli 1937, der so genannte Befehl 00447, in dem gesagt wird, wer alles zu verhaften ist, und hier ist weniger der Klassenstandpunkt die entscheidende Kategorie, als dass Kulaken genannt werden, antisowjetische Elemente, Asoziale, also im Sinne von Obdachlosen, Prostituierten und anderen, die sich nicht aus werktätiger Arbeit finanzieren und ernähren können, so dass hier also wirklich breite Bevölkerungsschichten überhaupt nicht mehr nach Klassenkriterien verurteilt wurden; sie sollten eben behandelt werden, wie es damals hieß, nach Kategorie I oder II, Kategorie I hieß erschießen, Kategorie II hieß, in die Lager verbringen. Das war der Auftakt zum Massenterror, ursprünglich sollte er vier Monate dauern, er wurde dann mehrfach verlängert, unter anderem auch, weil die Provinzen meldeten, wir haben unser Kontingent erfüllt, wir erbitten, noch einmal 1000 Leute erschießen zu dürfen. Das lief bis Ende 1938 und von Klassenmord kann man da überhaupt nicht mehr sprechen, das ist dann wirklich nur noch mit den stalinistischen Feindbildern, den Überall-Feinden und einer fünften Kolonne zu erklären.

Foto: Katherine Martin

heit, und der Sprecher des russischen Föderationsrats bezeichnete die estnische Regierung als »provinzielle Neonazis«. Der Ton ist auch deshalb so schrill, weil der Zerfall des Imperiums und der Verlust des Baltikums in Russland noch immer nicht verwunden ist.

In Deutschland sprang Ex-Kanzler Schröder der russischen Empörung zur Seite. Er warf der estnischen Regierung vor, ihr »pietätloser Umgang« mit dem Denkmal widerspreche »jedem zivilisierten Verhalten«. Ich zitiere ihn, weil sein Verdikt typisch ist für eine weit verbreitete Haltung, die vor lauter Sorge, ein revanchistisches Geschichtsbild zu bedienen, blind wird gegenüber der Dunkelseite des »großen vaterländischen Krieges« und der sowjetischen Herrschaft über Mitteleuropa.

Das galt auch lange für die Zurückhaltung des Westens gegenüber dem Massaker von Katyn. Es ist bis heute unlösbar mit dem Hitler-Stalin-Pakt verbunden, der die neuerliche Aufteilung Polens zwischen dem Deutschen Reich und Sowjetrussland vorwegnahm. Diese Aufteilung der Beute wurde dann durch den deutschen Überfall am 1. September 1939 und den russischen Einmarsch vom 17. September vollzogen – zu einem Zeitpunkt also, als sich Polen mit letzter Kraft dem deutschen Angriff entgegenstemmte.

Was in Katyn geschah, war Teil eines heimlichen Einverständnisses der beiden totalitären Großmächte Europas, Polen als eigenständigen Staat von der Landkarte zu tilgen und die polnische Elite auszuschalten. Angesichts der deutschen Verbrechen in Polen und in ganz Mittelosteuropa gibt es keinerlei Anlass für moralische Überheblichkeit gegenüber den Untaten des sowjetischen Machtapparats. Aber es gibt auch keinen Grund, diese zu verschweigen oder zu rechtfertigen.

Russland kann das Vertrauen seiner Nachbarn vom Baltikum bis zum Kaukasus nur zurückgewinnen, wenn es sich seiner historischen Verantwortung stellt. Memorial schreibt in dem schon zitierten Aufruf, dass wir gegenwärtig in Russland statt einer »ernsthaften Diskussion der sowjetischen Vergangenheit … die Wiederauferstehung eines nur leicht veränderten patriotischen Großmachtmythos« erleben. Die menschlichen und kulturellen Verwüstungen, die der Stalinismus in Europa wie im eigenen Land angerichtet hat, zu verdrängen, »stellt für Russland eine ebenso große gesellschaftliche Gefahr dar, wie die Kultivierung eigener nationaler Verletzungen für seine Nachbarn Gefahren in sich birgt«.

Es ist deshalb von kaum zu überschätzender Bedeutung, dass ein europäischer Gelehrter russischer Herkunft die Geschichte von Katyn aufarbeitet und den Mantel von allen Beschönigungen reißt.

Wenn man auf die Überwindung nationaler Ressentiments und auf Aussöhnung der europäischen Völker setzt, führt kein Weg daran vorbei, die Katastrophen, Verbrechen und Tragödien des 20. Jahrhunderts immer wieder zu erzählen. Das sind wir zuallererst den Opfern schuldig. Über das Gedenken an sie hinaus sind diese Erzählungen aber auch wichtig, um nach und nach ein gemeinsames Verständnis der europäischen Geschichte zu entwickeln.

Dabei geht es nicht um Schuldzuweisungen oder die Begründung nationaler Ansprüche. Es geht vielmehr darum, das 20. Jahrhundert in all seinen Schrecken und seiner Tragik aufzuarbeiten, um den Weg freizuräumen für das »Gemeinsame europäische Haus«, von dem Michail Gorbatschow vor 20 Jahren geträumt hat.

Victor Zaslavsky hat dafür einen wichtigen Beitrag geleistet.

➜ *Ralf Fücks ist Vorsitzender der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin.*

Dunja Melcic:
Ich denke da an Herrn Zaslavsky: Die Grundlage dieser Ideologie ist eben nicht Rasse, das heißt, unser objektiver Feind wird nicht in den Ahnen gesucht: Was sind Vorfahren von den Betreffenden gewesen, wie viel Prozent jüdisch ist die Urgroßmutter gewesen, sondern es sind andere Kriterien.

Alfred Grosser:
Man muss zuerst überlegen, woher überhaupt die echte Klassengeschichte kommt, wie das Marx in seinem Buch *Das Kapital* bestätigt hat. Bitte gehen Sie nach Berlin und sehen Sie die Ausstellung von Käthe Kollwitz. Was war das Schicksal der Arbeiter im 19. Jahrhundert, was war das Elend der Menschen im 19. Jahrhundert? Es ist normal, wie vor der französischen Revolution, »Les aristocrates à la lanterne«. Natürlich war das ein Klassenunterschied. Es waren die Unterdrückten der Jahrhunderte, die Hungernden der Jahrhunderte, die Ausgebeuteten der Jahrhunderte, die wollten, dass sie nun normale Bürger werden, und ich glaube, das ist etwas Wesentliches, da kann man nicht nach dem heutigen westdeutschen Begriff der Klassen fragen. Es war die Tatsache der Unterschiede. In der französischen Revolution und der deutschen Fast-Revolution 1918/19 kommt zum Ausdruck, dass die, die unten waren, nun das Recht verlangen, oben zu sein. Darauf hat Stalin angespielt, er hat, wie eben gesagt wurde, alle ausrotten lassen, wenn es ihm nötig schien. Es gab in Leningrad nicht so viele Aristokraten. Sie wurden damals deportiert nach der Geschichte mit Kirow. Wir müssen sehen, wie das im Sinne von George Orwells *1984* instrumentalisiert wird, wir machen das Falsche wahr, indem wir aus jedem, gegen den wir etwas haben, einen Klassenfeind machen. Das galt auch in der DDR. Menschen, die nach Westen gingen, wurden alle als Klassenfeinde bezeichnet, egal ob sie Ingenieure, Arbeiter, Jugendliche waren, die noch keine Arbeit hatten, sie waren alle Klassenfeinde per Definition. …

Die Zahl der Toten, die nicht zu den aristokratischen Klassen gehörten, ist viel größer als die Zahl dieser Toten, denn man hat immer versucht, die Intellektuellen zu erniedrigen. Ich erinnere mich an einen Brief eines befreundeten Politologen aus Prag, der

schreibt, ich habe damals nicht für die Charta 77 unterschrieben, meine Kinder hätten sonst nicht studieren können. Das war auch in der DDR der Fall. Aber das ist die Strafe der Aussortierung von denen, die im Kopf nicht dabei sind. Es war wichtig, niemand zu haben, der irgendwie kritisch eingestellt sein konnte. Ich mache einen enormen Unterschied zu Mao, zur Kulturrevolution, und es erstaunt mich, dass wir in der Diskussion noch so wenig von China gesprochen haben. …

Dunja Melcic:
Ich möchte noch einmal die Rolle des Westens anschneiden, auch, was es bedeutet, dass die erinnerungswürdigen Ereignisse und Tragödien im Westen andere sind als im Osten.

Alfred Grosser:
Zuerst einmal, weil es der Punkt ist, wo wir uns nicht ganz einig sind. Ansonsten gibt es da über diesen Punkt keinen Streit, das ist natürlich eine sehr unbefriedigende Antwort. Aber Sie müssen das auch vor einem anderen Hintergrund sehen, das ist die ganze deutsche, westliche Diskussion über Auschwitz und den Judenmord. Denn auf der jüdischen Seite, der ich in diesem Punkt gewiss nicht angehören möchte, obwohl ich Jude bin und von Geburt an des Antisemitismus verdächtig, weil ich Israel kritisiere, möchte ich doch sagen, es ist eine ganz ernste Diskussion gewesen, ob Hitler vernichten wollte, nur – und das trifft natürlich zu –, weil die Rassentheorie für Hitler das Wesentliche war; in Polen, wir haben genügend Dokumente, wäre dann auch ein Massenmord im Namen des Ethnischen geschehen, wenn Hitler Zeit gehabt hätte und der Krieg nicht beendet worden wäre. Es gibt Dokumente, die zeigen, nach den Juden kommen die Polen dran. Auch die Slawen waren »Untermenschen«. Ist die Frage wichtig, ob es in Stalins Augen auch Untermenschen gab oder nur Unterklassen? Ich glaube, das ist eine wichtige Diskussion, und deswegen führen wir sie.

Karte aus dem geheimen Zusatzprotokoll des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts, der die vorgesehene Teilung Polens zeigt, unterschrieben von Josef Stalin und Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop. – Rechte Seite: Im Aufbruch der baltischen Staaten von 1989 wurde der Hitler-Stalin-Pakt als Zentrum des Unheils der russischen Okkupation nach 1945 ausgemacht. / Demonstration 1989 in Estland, Foto von Alexej Fjodorow.

Karol Sauerland:
Vom polnischen Standpunkt aus, ich bin polnischer Bürger, ist die Klassen- und Rassenfrage nicht so wichtig, vielmehr der Stalin-Hitler-Pakt. Als Schröder und Putin die Gasleitung unterschrieben, war das gleichsam eine Art Stalin-Hitler-Pakt, und Kaczynski hätte die drei bis vier Prozente damals nicht bekommen. Soziologisch nicht erwiesen, aber nach meiner Meinung hat Schröder zum Sieg der Kaczynski-Partei unerhört beigetragen. Jetzt haben wir den Fall Georgien, und in der EU muss man verstehen, dass für die neuen Mitglieder, die aus dem Osten kommen, der Stalin-Hitler-Pakt noch gegenwärtig ist. Viele Gesten von Sarkozy erinnern sofort an die damalige russische Politik. Die Aufarbeitungs- und Erinnerungsarbeit am Stalin-Hitler-Pakt muss deswegen auch im Westen geführt werden, damit der Westen den Osten versteht und nicht nur sagt, das sind irgendwelche hysterischen Leute, die in der Vergangenheit leben. Das existiert noch heute, Sie haben in Ihrem Buch die Prozesse angeführt, die jetzt um die Opfer von Katyn geführt werden, die nach Straßburg gehen, die unterschlagen wir. Nach meiner Meinung gehört der Stalin-Hitler-Pakt in die öffentliche Diskussion.

Antonia Grunenberg:
Mir ist in der Diskussion aufgegangen, dass man die Kategorie der Klasse in einen anderen Fokus nehmen kann, wenn man sie im Kontext der arendtschen Totalitarismus-Theorie betrachtet. So geht es keineswegs um die Klassenkategorie als soziologische Kategorie oder als Kategorie, die irgendeine strukturierende Bevölkerungsgruppe umfassen würde, zu diesem Zeitpunkt, sondern sie benutzt Klasse und Rasse als Grundkategorien. Wir müssen heute darüber diskutieren, ob das noch gültig ist, aber sie benutzt sie, um zu sagen, das ist der Schlüssel zu dem Aufbau einer fiktiven Welt, in der es keine Rolle mehr spielt, ob es eine tatsächliche Klassenzugehörigkeit zu irgendeiner existierenden Klasse gibt, sondern es ist eine Zurechnungskategorie, und es ist eine Zurechnungskategorie, in dieser Welt, dieser Paranoia-Welt, dieser fiktiven Welt, in der jeder jederzeit zu dieser Klasse gerechnet werden kann. Dann fragen wir uns natürlich als solide Wissenschaftler, ja, was ist das denn dann noch? Die Frage bleibt ja: Was macht eine Kategorie aus, wie sinnvoll ist eine Kategorie, die wir in unserer Wissenschaftswelt, die uns unter den Händen zerfällt, und die Antwort von Hannah Arendt ist, es ist eine Zurechnung, eine geschlossene, fiktive Welt, alles, was nicht in dieser Welt ist, ist dann Klassenfeind. Insofern erübrigt sich das, meines Erachtens, ein bisschen darüber zu rechten, ob die Opfer nun wirklich einer Klasse angehören. Also, am deutlichsten fand ich das jetzt bei dem letzten Beitrag von Victor Zaslavsky mit den Kulaken, zum Teil waren das ja Leute, die Saatgut aufbewahrt haben, auch die wurden dann zugerechnet zur Kulakenklasse, das

heißt, man kann diese Kategorie auf keinen Fall im soziologischen Sinne verstehen.

Alfred Grosser:
Fragen zum »bösen Sozialismus« gehen mir sehr auf die Nerven. Ich spreche in Deutschland oft darüber, besonders vor Industriekreisen, dass am 23. März 1933 alle Parteien, die für die freie Marktwirtschaft waren, abgedankt hatten, indem sie Hitler die Ermächtigung gegeben haben, alle Freiheiten abzuschaffen, und dass nur die SPD »im Namen von Freiheit und Sozialismus« nein gesagt hat. Also zu sagen, der Sozialismus war auf der anderen Seite, ist für mich etwas Skandalöses, vor allen Dingen, wenn ich sehe, dass die Ost-CDU hier freigesprochen wurde, und dass die SPD neu beginnen musste, weil sie 1946 total abgeschafft worden war. Das ist ein Punkt. Der zweite das moralische Bewusstsein. Es gibt die furchtbare Rede von Heinrich Himmler an die SS-Leute: Ihr habt ja vielleicht so etwas wie Gewissensbisse gehabt, aber ihr habt eure Pflicht getan, indem ihr die Juden ausgerottet habt. Himmler versuchte die Mörder zu überzeugen, dass sie im Sinne einer Moral mordeten, um Deutschland judenfrei zu machen. Und das ist auch eine furchtbare Moral, aber es war, glaube ich, seine moralische Überzeugung. …

Ich bin doch der Meinung, dass es eine Gelegenheitsverbindung war, dass Stalin vielleicht geglaubt hat, Hitler könne zu ihm nett sein, deswegen hat er auch nicht den Krieg vorbereitet, deswegen hat er sich auch überfallen lassen. Nachher war er der große Sieger, doch war er nicht vorbereitet auf Hitlers Angriff, und Hitler hat gewiss keinen Pakt mit Stalin gemacht wegen zweier Systeme, die sich irgendwie ähnlich waren.

Zum Schluss muss ich sagen, ich glaube nicht, dass das Deutschland Hitlers totalitär war. Dazu gab es zu viele Nischen, dazu waren zu viele gesellschaftliche Kreise außerhalb des totalitären Systems, sie waren unterworfen, aber es gab Hunderte von Nischen, und so totalitär wie die Sowjetunion war es nicht, mit Hitlers Verbrechen hat das nichts zu tun. Ich nehme nur das Beispiel der *Frankfurter Zeitung*, die beinahe bis 1943 durchmachen konnte, die Juden durften übrigens bis 1939 auswandern, die Endlösung war nicht vorausgeplant. Hitler-Deutschland war ein Regime der Diktatur, der Massenunterdrückung, ein totalitäres System im Sinne der Sowjetunion ist es nicht gewesen.

Susanne Schattenberg:
Ich wollte da anknüpfen, inwieweit das einfach taktisch und inwieweit das Affinität war, und Sie, Herr Zaslavsky, hatten das vorhin schon erwähnt und sogar die These aufgestellt, Hitler hätte die Sowjetunion gar nicht überfallen müssen oder hätte das eventuell nicht getan, wenn er die militärische Stärke anders eingeschätzt hätte. Ich möchte Ihnen da widersprechen, ich denke, dass die beiden Diktatoren Stalin und Hitler das auf sehr unterschiedlichen Ebenen betrachteten. Auf deutscher Seite war das ein rein taktisches Vorgehen, ein Absichern, aber es war langfristig genauso klar, dass, egal wie die Sowjetunion gerüstet war oder nicht, Hitler die Sowjetunion überfallen würde, weil das seiner Ideologie entsprach. Also ein wirkliches Zusammengehen mit der Sowjetunion wäre aufgrund der Nazi-Ideologie, so wie Hitler sie vertrat, vollkommen undenkbar gewesen. Dass hier Hitler in diesem Sinne nicht logisch, rational vom militärischen Standpunkt aus dachte, das hat er später oft genug bewiesen.

Ich glaube, auf der Seite von Stalin und Molotow war das wirklich etwas anderes, da kann man diese Elemente stark machen, die Hannah Arendt herausgearbeitet hat, dass zwischen diesen beiden Staatsformen eine Menge von Parallelen da waren, ebenso Ausdrucksformen wie der Führerkult. Die Art und Weise, wie die freie Meinungsäußerung beschnitten wird, die Art und Weise, wie versucht wird, ein Volk zu indoktrinieren, auch

wenn das wieder sehr unterschiedlich passiert; ich denke, dass Stalins Bewunderung für Hitler jenseits von den ganzen ideologischen Unterschieden echt war, und dass, wenn Stalin sagte, Hitler ist ein toller Kerl, der schafft was, er das ernst meinte, weil er zu lernen glaubte, wie man ein Volk so führt, dass es das macht, was man will, und es quasi zu einem geschlossenen Korpus bringt. Und eine Parallele, die oft auch übersehen wird, ist, dass Stalin sich selbst den »Großen Führer« hat nennen lassen, und von daher denke ich, dass von Stalins Seite her tatsächlich die Überzeugung bestand, man würde sich von Gleich zu Gleich zusammensetzen und eben nicht auf der Ebene der Ideologie, sondern in der Form, dass hier zwei Herrscher mit ähnlichen Herrschaftsansprüchen sich die Welt untereinander aufteilen, und deshalb eben dieses Entsetzen, als der Überfall kam, und dieses »Nicht-wahrhaben-Wollen«.

➜ *Dunja Melcic ist Philosophin und freie Publizistin in Frankfurt. Karol Sauerland ist Professor für deutsche Literatur und Ästhetik an den Universitäten von Warschau und Thorn; Vorsitzender der Philosophischen Gesellschaft Warschau. Susanne Schattenberg ist Direktorin der Forschungsstelle Osteuropa und Professorin für Zeitgeschichte und Kultur Osteuropas an der Universität Bremen.*

Der Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken e. V.

Der Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken wurde 1994 ins Leben gerufen, um in den kontroversen Diskussionen über politische Gegenwartsfragen an Hannah Arendts Diktum zu erinnern, dass »der Sinn von Politik Freiheit (ist)«.

Wie kaum ein anderer hat sich Hannah Arendt den Umbrüchen ihrer Zeit und den Schattenseiten der politischen Moderne gestellt. Ohne ihre Fähigkeit, das Unerhörte und Unheimliche der Schrecken des 20. Jahrhunderts als etwas Neues, bisher nicht Dagewesenes zu durchdenken und nicht einfach in die vorherrschenden wissenschaftlichen Kategorien einzureihen, wäre ihr einzigartiger und radikaler Zugang zum Phänomen des Totalitarismus nicht möglich gewesen. Auch ihre Überlegungen zum Verhältnis von Macht und Gewalt und zur Bedeutung von republikanischer Freiheit haben sich als Schlüsselkategorien eines Denkens erwiesen, das neue Zugänge zum Verstehen unvorhergesehener politischer Ereignisse ermöglicht.

In Deutschland ist der Beitrag von Hannah Arendt zum Verstehen des Politischen lange Zeit ignoriert worden. Auch aus diesem Grund lag den Preisgründern, die aus den Bereichen Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit kommen, daran, mit der Vergabe des Hannah-Arendt-Preises einen ihr gebührenden Platz in der öffentlichen Wahrnehmung der Bundesrepublik zukommen zu lassen. Zugleich soll der Preis die Bedeutung ihres politischen Denkens für die Erneuerung republikanischer Freiheitspotenziale in der westlichen Geschichte hervorheben. In diesem Sinne will der Preis ausdrücklich dazu ermutigen, Hannah Arendts am politischen Handeln orientiertes und ereignisoffenes Politikverständnis auch für gegenwärtige Diskurse in Politik und Gesellschaft fruchtbar zu machen.

Der rechtliche und politische Träger des Preises ist der Verein Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken mit Sitz in Bremen. Der Verein, der von der Heinrich-Böll-Stiftung (Bremen/Berlin) und der Stadt Bremen maßgeblich gefördert wird, wird von einem vierköpfigen Vorstand vertreten.

Über die Vergabe des Preises entscheidet eine Jury.

Mitglieder des Vorstandes

Prof. Antonia Grunenberg,
Prof. Eva Senghaas,
Peter Rüdel

Mitglieder der Jury

Prof. Simona Forti (Turin),
Prof. Antonia Grunenberg (Berlin/Oldenburg),
Dr. Otto Kallscheuer (Italien),
Marie Luise Knott (Berlin),
Dr. Willfried Maier (Hamburg),
Prof. Karol Sauerland (Warschau),
Joscha Schmierer (Berlin)

Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken e.V., c/o Peter Rüdel,
Heinrich-Böll-Stiftung Bremen,
Plantage 13, 28215 Bremen,
Tel.: (0421) 35 23 68
E-Mail: ruedel.boell@arcor.de,
Netz: www.hannah-arendt.de und
www.boell-bremen.de